

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1870 bis 1933 Band 1

Die verspätete Nation

Band 1/124: 06.05.1920 – 01.08.1922

06.05.1920

Deutsches Reich: Dänische Truppen besetzen am 6. Mai 1920 Nordschleswig (Abstimmungsgebiete).

01.06.1920

CSR: Im Verlauf der Prager Parlamentseröffnung erklärt am 1. Juni 1920 der Sudetendeutsche Verband (x024/40-41): >>Die tschechoslowakische Republik ist daher das Ergebnis eines einseitigen tschechischen Willensaktes und hat diese Gebiete widerrechtlich und mit Waffengewalt besetzt. Die deutschen Sudetenländer sind in der Tat um ihren Willen niemals befragt worden, und das Ergebnis der Friedensverträge ist daher ... die Sanktionierung eines Gewalt-, aber niemals eines Rechtszustandes.

Wir verwerfen daher die Fabel vom rein tschechischen Staate und von der "tschechoslowakischen Nation" sowie von der "tschechoslowakischen Sprache" als mit den Tatsachen handgreiflich im Widerspruch stehend.

Wir werden niemals die Tschechen als Herren anerkennen, niemals uns als Knechte in diesem Staat fügen.

Unrecht kann auch durch tausendjährige Übung niemals Recht werden, solange es nicht von den Betreffenden selber auf Grund freier Entschließung anerkannt wurde, und wir verkünden demnach feierlich, daß wir niemals aufhören werden, die Selbstbestimmung unseres Volkes zu fordern, daß wir dies als den obersten Grundsatz aller unserer Maßnahmen und unseres Verhältnisses zu diesem Staate, den gegenwärtigen Zustand als unser unwürdig und mit den Grundsätzen moderner Entwicklung unvereinbar betrachten. ...<<

04.06.1920

Ungarn: Nach der Unterzeichnung des "Friedensvertrages" von Trianon (4. Juni 1920) verliert Ungarn als Kriegsanstifter des Ersten Weltkrieges rd. 68 % aller bisherigen Gebiete (einschließlich der wichtigen Mittelmeerküste) und fast 60 % der ungarischen Staatsbürger (x019/91). Ungarn muß die Slowakei und die Karpaten-Ukraine an die Tschechoslowakei, Kroatien an Jugoslawien, das Banat an Jugoslawien und Rumänien sowie Siebenbürgen an Rumänien abtreten.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über "Trianon" (x051/585-586): >>Trianon, Lustschlösser im Park von Versailles. Im 1687/88 errichteten Grand Trianon wurde am 4.6.20 der Friede zwischen den Alliierten des Ersten Weltkrieges und Ungarn als einem Rechtsnachfolger der Donaumonarchie und damit als Verliererstaat unterzeichnet.

Der Friede von Trianon war nach dem Muster des Versailler Vertrages mit Kriegsschuldpassus, Rüstungsbeschränkungen, Reparations- und Abtretungsverpflichtungen verbunden und ordnete unter Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker 60 % der ungarischen Bevölkerung fremden Staaten zu.

Die ungarische Politik bis in den Zweiten Weltkrieg war daher bestimmt von Revisionsforde-

rungen und führte das Land in die Nähe zum faschistischen Italien und zum nationalsozialistischen Deutschland.<<

Juni 1921

Frankreich: Der französische Politiker Georges Clemenceau (1841-1929) erklärt im Juni 1921 (x340/202): >>Der Krieg war nur die Vorbereitung, die Vernichtung des deutschen Volkes fängt jetzt erst an. ... Es gibt 20 Millionen Deutsche in Europa zu viel!<<

10.08.1920

Osmanisches Reich: Infolge des Friedensvertrages von Sèvres wird das Osmanische Reich am 10. August 1920 fast aus Europa verdrängt (Ausnahme: Konstantinopel mit dem Hinterland). Das Osmanische Reich verliert u.a. folgende Teile ihrer ehemaligen Gebiete: Mazedonien an Griechenland, Dodekanes und Rhodos an Italien (bis 1947), Syrien an Frankreich, Palästina und Irak an England.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über "Sèvres" (x051/536): >>Sèvres, Vorort von Paris, in dem am 10.8.20 der Friedensvertrag zwischen den Alliierten und der Türkei unterzeichnet wurde, die im Ersten Weltkrieg auf Seiten der Mittelmächte gekämpft hatte.

Die demütigenden Bestimmungen von Sèvres (u.a. umfangreiche Gebietsabtretungen, z.T. sogar in Kleinasien an Griechenland) lösten 1921/22 den türkisch-griechischen Krieg aus und galten als typisch für die wenig weisen Pariser Vorortverträge.<<

Oktober 1920

Polen: Nach dem Sieg über Sowjet-Rußland (polnisch-russischer Krieg von April bis Oktober 1920) verlagert Polen die bisherigen Grenze um ca. 250 km östlich der von England empfohlenen Volkstumsgrenze (Curzon Linie).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Curzon-Linie" (x051/105): >>Curzon-Linie, nach dem britischen Außenminister G. N. Curzon (1859-1925) benannte und von ihm am 11.7.20 vorgeschlagene Demarkationslinie zwischen Polen und der Sowjetunion: Dünaburg - Wilna - Grodno - Brest, dann dem Bug folgend und Galizien durchschneidend bis Przemysl.

Polen lehnte die Curzon-Linie nach dem Sieg über die Rote Armee bei Warschau (August 20) ab und verlegte die Grenze 250 km weiter nach Osten. 1939 diente die Curzon-Linie zur Orientierung bei der Abgrenzung der Interessensphären im Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrag und 1945 bei der polnisch-sowjetischen Grenzziehung.<<

16.11.1920

CSR: In Prag ereignen sich am 16. November 1920 nach antitschechischen Demonstrationen in Eger schwere Ausschreitungen gegen die Deutschen. Die Redaktionsräume des deutschen "Prager Tageblattes" und das "Deutsche Haus" werden verwüstet.

21.11.1920

Sowjet-Rußland: Lenin kündigt am 21. November 1920 an, nach der "proletarischen Revolution in Rußland" die Weltrevolution durchzusetzen (x125/58): >>Als wir vor drei Jahren die Frage nach den Aufgaben und Bedingungen des Sieges der proletarischen Revolution in Rußland stellten, haben wir stets ausdrücklich erklärt, daß dieser Sieg nicht als gesichert gelten kann, wenn Rußland nicht von der proletarischen Revolution im Westen unterstützt wird. ... Damit unser Sieg sicher sei, muß die proletarische Revolution in allen oder zumindest in einigen kapitalistischen Ländern siegen. ...

Wir sind in einer Situation, wo wir zwar noch nicht international gesiegt haben, was der einzige sichere Sieg für uns wäre, wo wir uns aber Bedingungen erkämpft haben, unter denen wir neben den kapitalistischen Staaten bestehen können, die jetzt gezwungen sind, wirtschaftliche Beziehungen mit uns aufzunehmen. ...<<

Der deutsche Historiker Walter Post berichtet später in der katholischen Monatsschrift

"THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 - 2001 über Lenins Außen- und Rüstungspolitik (x853/...): >>...

Die Kommunistische Partei Rußlands, die "Bolschewiki", verstand sich als eine Partei der Berufsrevolutionäre, deren erklärtes Endziel die Errichtung einer sozialistischen Weltrepublik war. Zunächst gelang es den Bolschewiki aber nur, begünstigt durch die Wirren des Weltkrieges, im November 1917 einen Umsturz im industriell rückständigen Rußland herbeizuführen. Weitere sozialistische Revolutionen in Europa blieben aus oder scheiterten, und im eigenen Land mußten die Bolschewiki die soeben errungene Macht in einem mit größter Grausamkeit geführten Bürgerkrieg behaupten.

Im Dezember 1920, kurz nach Beendigung des Bürgerkrieges, formulierte Lenin eine Doktrin für die zukünftige sowjetische Außenpolitik. Die Sowjetunion war zu jener Zeit noch industriell rückständig und militärisch schwach, so daß sie sich auf keine bewaffnete Auseinandersetzung mit den westlichen Großmächten einlassen konnte. Aber in der kapitalistischen Welt, zwischen Japan und den USA, zwischen den USA sowie England und Frankreich, und schließlich zwischen Deutschland und den Siegermächten des Ersten Weltkrieges existierten unüberbrückbare Interessengegensätze, die sich, so Lenin, über kurz oder lang in einem neuen bewaffneten Konflikt, einem "zweiten imperialistischen Krieg" entladen würden (der "erste imperialistische Krieg" war der Weltkrieg 1914/18 gewesen). Diese Gegensätze mußte die Sowjetunion ausnutzen:

"Das Wesentliche ... ist ... die Regel ... daß man die Widersprüche und Gegensätze zwischen zwei imperialistischen Mächtegruppen, zwischen zwei kapitalistischen Staatengruppen ausnutzen und sie aufeinanderhetzen muß. Solange wir nicht die ganze Welt gewonnen haben, solange wir, wirtschaftlich und militärisch gesehen, noch schwächer sind als die übrige, die kapitalistische Welt, solange haben wir uns an diese Regel zu halten ... Sobald wir aber stark genug sind, den gesamten Kapitalismus niederzuwerfen, werden wir ihn sofort an der Gurgel packen."

Lenin schloß mit den Worten:

"Solange es den Kapitalismus neben dem Sozialismus gibt, können sie nicht in Frieden leben. Der eine oder der andere wird zuletzt siegen. Entweder wird man die Sowjetrepublik oder den Weltkapitalismus zu Grabe tragen."

Der Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab, die sozialistische Weltrevolution, war nicht nur das Ziel Lenins, sondern das aller bolschewistischen Führer. So erklärte Stalin Ende 1918:

"Der Westen mit seinen imperialistischen Kannibalen hat sich in einen Herd der Finsternis und Sklaverei verwandelt. Die Aufgabe besteht darin, diesen Herd zum Glück und zur Freude der Werktätigen aller Länder zu zerschlagen."

Nach dem Tode Lenins im Januar 1924 konnte sich nach längeren innerparteilichen Auseinandersetzungen Stalin als sein Nachfolger, als neuer Führer der KPdSU und der kommunistischen Weltbewegung, durchsetzen. ...<<

01.12.1920

Deutsches Reich: Carl von Ossietzky schreibt am 1. Dezember 1920 in der "Berliner Volkszeitung" über die schwierige Lage der Deutschen (x034/123): >>... Man macht nicht gern Geschäfte mit einer besiegten Republik, von der man glaubt, sie könnte über Nacht aufhören, es zu sein. ...

Wir Deutschen haben wie jedes andere Volk, ein Recht auf nationales Eigenleben und nationale Freiheit. ...<<

1920

USA: Bei den nordamerikanischen Präsidentenwahlen des Jahres 1920 wird der Demokrat Thomas W. Wilson deutlich geschlagen. Danach regieren bis 1933 nur noch Präsidenten der Republikanischen Partei.

Der nordamerikanische Großindustrielle Henry Ford erläutert Anfang der zwanziger Jahre das

"Amerikanische System" und fordert ein "ungehemmtes Wachstum" für die Industrie (x149/52): >>Wie heißt der Leitgedanke der Industrie? Der wahre Leitgedanke heißt nicht Geldverdienen. Der industrielle Leitgedanke fordert die Schaffung einer nützlichen Idee und deren Vervielfältigung ins Vieltausendfache, bis sie allen zugute kommt.

Produzieren und immer mehr produzieren; ein System ersinnen, auf Grund dessen das Produzieren zu einer hohen Kunst wird; die Produktion auf eine Basis stellen, die ein ungehemmtes Wachstum und den Bau immer zahlreichere Werkstätten, die Hervorbringung immer zahlreicherer nützlicher Dinge ermöglicht – das ist der wahre industrielle Leitgedanke. ...

Wir lehren Kinder, ihr Geld zu sparen. Als Mittel gegen gedankenloses und egoistisches Geldausgeben ist das von Wert. Positiven Wert hat es nicht; es führt das Kind nicht auf die sicheren, gesunden Wege nützlichen Selbstausdrucks und Selbstverbrauchs. Es ist besser, das Kind zu lehren, sein Geld anzulegen und zu verbrauchen, als zu sparen. ...

Das Prinzip des richtigen Verbrauchs ist die einzig untrügliche Richtschnur. Verbrauch ist positiv, aktiv, lebensspendend. Verbrauch ist lebendig. Verbrauch erhöht die Summe alles Guten. ...<<

Der nordamerikanische Großindustrielle Henry Ford veröffentlicht im Jahre 1920 außerdem das antisemitische Buch "The International Jew".

Der italienische Geschichtsphilosoph und Publizist Domenico Losurdo (1941-2018) berichtet später (im Jahre 2010) in seinem Buch "Die Deutschen. Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes?" über den Antisemitismus in den USA (x318/52-53): >>... Die nordamerikanische Republik ist vor allem eines der Länder, das am meisten zur Verbreitung eines Motivs beiträgt, das später in der ideologischen Vorbereitung der "Endlösung" eine fatale Rolle spielen wird. Schon vor den Naziideologen und –agitatoren ist die These von einer geheimen jüdischen Steuerung der revolutionären Bewegung, die den Westen erschüttert, den US-Ideologen der white supremacy geläufig. Madison Grant unterstreicht die "semitische Führung" des "Bolschewismus", und Lothrop Stoddard brandmarkt das "bolschewistische Regime Sowjetrußlands" als "weitgehend jüdisch".

Doch in diesem Zusammenhang sollte unsere Aufmerksamkeit besonders der Figur von Henry Ford gelten. Sofort nach dem Oktober 1917 bemüht sich der Magnat der Autoindustrie darum, die bolschewistische Revolution als das Resultat eines jüdischen Komplotts zu denunzieren, und gründet 1919 zu diesem Zweck eine in hoher Auflage gedruckte Zeitschrift, den Dearborn Independent. Die dort abgedruckten Artikel werden im November 1920 in Buchform mit dem Titel "Der internationale Jude" veröffentlicht, das sofort zum Bezugspunkt für den internationalen Antisemitismus wird.

Dort kann man Thesen nachlesen, die eine zentrale Rolle innerhalb der Naziideologie spielen "die russische Revolution ist rassischen (jüdischen), nicht politischen Ursprunges", sie bediente sich humanitärer und sozialistischer Schlagworte, bringe in Wirklichkeit aber ein "rassisches Weltherrschaftsstreben" zum Ausdruck. Fords Buch trägt außerdem stark dazu bei, den – im Umkreis der zaristischen Geheimpolizei gefälschten und 1903 zuerst in St. Petersburg auf russisch veröffentlichten – Protokollen der Weisen von Zion Glaubwürdigkeit und Verbreitung zu verschaffen.

Später werden prominente Nazibonzen wie Baldur von Schirach und sogar Heinrich Himmler erklären, von Ford inspiriert worden oder von ihm ausgegangen zu sein. Besonders Himmler behauptet, erst nach der Lektüre des Buches von Henry Ford "die ganze Gefährlichkeit des Judentums" erkannt zu haben: "Es war für uns Nationalsozialisten die Offenbarung". Darauf folgte die Lektüre der Protokolle. "Diese beiden Bücher wiesen uns den Weg, den wir zu beschreiten hatten, um die gequälte Menschheit von dem größten Feinde aller Zeiten, dem internationalen Juden, zu befreien".

Im übrigen hätte – nach Himmler – das Buch von Ford zusammen mit den Protokollen sowohl

für seine als auch für die Formierung des Führers eine "ausschlaggebende" Rolle gespielt. Sicher ist, daß "Der Internationale Jude" im Dritten Reich weiterhin mit großen Ehren und mit Vorworten veröffentlicht wird, die das entscheidende historische Verdienst des amerikanischen Autors und Industriellen hinsichtlich der Klärung der "Judenfrage" hervorheben und eine Art Kontinuität von Henry Ford zu Adolf Hitler herausstreichen. ...<<

"SPIEGEL ONLINE" berichtet später (am 29. Juli 2008) über den US-Unternehmer Henry Ford: >>Henry Ford und die Nazis Der Diktator von Detroit

Unternehmer, Wohltäter - und Hitlers Vorbild: Der amerikanische Autofabrikant Henry Ford revolutionierte nicht nur die Fließbandproduktion, mit seinen antijüdischen Thesen inspirierte er auch den deutschen Diktator - und erhielt dafür 1938 eine besondere Auszeichnung der Nazis. ...

Gute Beziehungen zu Deutschland pflegte Henry Ford schon seit den zwanziger und dreißiger Jahren, als seine Firma mit General Motors um den lukrativen deutschen Markt konkurrierte. Hitler selbst bewunderte die amerikanische Art der Massenproduktion, und besonders bewunderte er Henry Ford, der ihm mit seinen antisemitischen Schriften eine Inspiration war, wie er 1931 einem Reporter aus Detroit erzählte. Der spätere Reichskanzler hatte zu diesem Zeitpunkt bereits ein Porträt des Fabrikanten neben seinen Schreibtisch gehängt.

Antisemitische Thesen

Henry Ford lenkte die Ford Motor Company von Anfang an wie ein Diktator. Es war wohl dieser Führungsstil, der 1928 die "New York Times" veranlasste, ihn als "Mussolini of Highland Park" zu bezeichnen. So war Ford vielleicht ein Wohltäter - aber mit eigenem Überwachungsstaat.

Ford gebar sich indes nicht nur wie ein Diktator, wie Hitler war auch er ein überzeugter Antisemit. Ausdruck dessen: der "Dearborn Independent", eine Zeitung, die Ford von 1919 bis 1927 herausgab. In seinen Artikeln unterstellte der Autor "den Juden" beispielsweise Faulheit und Raffgier: "Mehr als jede andere Rasse zeigt er (der Jude - Anm. d. Red.) eine ausgeprägte Abneigung gegen körperliche gewerbliche Arbeit, gleicht dies durch seine ebenso entschiedene Eignung zum Handel aus." Mehrere gerichtliche Klagen gegen solche Inhalte zwangen Ford schließlich, die Zeitung einzustellen.

1920 veröffentlichte Ford mit seinem Buch "The International Jew: The World's Problem" eine Sammlung antisemitischer Pamphlete, die zuvor im "Dearborn Independent" erschienen waren. Die These des Buchs lautete, das "Weltjudentum" habe sich zusammengeschlossen, um mit Hilfe seiner Macht im Wirtschaftssektor die Weltherrschaft zu erlangen.

Hitler hatte das Buch bereits in den zwanziger Jahren gelesen und bezeichnete es als große Inspiration. Die 1921 erschienene deutsche Übersetzung war später in NSDAP-Kreisen äußerst beliebt. Im gleichen Jahr finanzierte Ford auch die Übersetzung und Veröffentlichung der "Protokolle der Weisen von Zion" in den USA. Die Sammlung fiktiver Protokolle, die eine Weltverschwörung des "internationalen Judentums" beweisen sollten, ist die wahrscheinlich erste weitverbreitete Verschwörungstheorie. ...<<

Der nordamerikanische Journalist und Schriftsteller John Reed (1887-1920, der seit 1917 als Augenzeuge über die russische Revolution berichtet) schreibt im Jahre 1920 über Stalin (x080/135): >>Er ist kein Intellektueller wie die anderen Männer, denen man hier begegnet. Er ist nicht einmal besonders gut informiert, aber er weiß, was er will. Er besitzt eine starke Willenskraft, und er wird eines Tages ganz oben sein. ...<<

China: Ein Erdbeben in Kansu fordert im Jahre 1920 etwa 80.000 Todesopfer (x175/60).

1921

Besser noch ist der Tod als Sklaverei.

Friedrich Halm (1806-1871, eigentlich Eligius Franz Joseph Freiherr von Münch-Bellinghausen, österreichischer Dichter)

24.01.1921

Frankreich, Deutsches Reich: Während der Konferenz von Paris (24.-29.01.1921) fordern die Siegermächte eine Entschädigung von 269 Milliarden Goldmark, zahlbar in 42 Jahresraten (eine unveränderliche feste Hauptsumme von 226 Milliarden und eine veränderliche Neben-summe von 43 Milliarden Goldmark). Ferner verlangt man eine 42jährige Ausfuhrabgabe von jährlich etwa 1-2 Milliarden Goldmark (x041/85).

Nach Bekanntgabe dieser unfaßbaren Forderung reagiert das deutsche Volk mit großer Empörung oder völliger Verzweiflung.

Der deutsche Wirtschaftsjournalist Paul C. Martin berichtet später über die nach dem Ersten Weltkrieg zu zahlenden Reparationen (x286/41-42): >>... Womit hätten die Deutschen zahlen sollen? Nachdem ihnen Land und der Rest ihrer Schätze (Gold war im Krieg draufgegangen) genommen waren, konnten sie nur mit Hilfe von Waren leisten. Diese Waren aber wollten die Alliierten nicht abnehmen.

Deutschland hatte - wie immer – eine passive Handelsbilanz (importierte also mehr als es exportieren konnte). Wie sollte es aus einem Überschuß seine Schulden tilgen?

Der englische Ökonom John Maynard Keynes erkannte mit seinem in Cambridge und mit langer Lektüre der "Times" geschulten Intellekt, daß das nicht funktionieren konnte. Er wurde als Berater des englischen Schatzamtes Mitglied der Friedensdelegation und schrieb 1919 ein Buch über die "Wirtschaftlichen Folgen des Friedens". Sein Gedanke "Deutschland kann nicht bezahlen, da die Sieger ihm verwehren, Überschüsse zu erwirtschaften". Mit dem Buch wurde Keynes weltberühmt – ein Beweis, daß gesunder Menschenverstand damals noch in Ehren stand. Genutzt hat es nichts.

Die deutschen Reparationen wurden 1920 auf 226,4 Milliarden Goldmark festgesetzt. Das war 36mal soviel, wie die Deutschen im letzten großen Krieg, den gegen Frankreich 1871, als Kontribution kassiert hatten. ...

1921 wurden die Deutschen angewiesen, über 42 Jahre hin zu zahlen, und zwar in steigender Summe. Pro Jahr war das nun eine erträglichere Zahl. Aber der Denkfehler war der gleiche:

Deutschland konnte nicht zahlen, da es nichts hatte und es ihm verwehrt war, Geld zur Zahlung zu verdienen. Der Zahlmeister war gar keiner.

Es bleibt bis heute ein Rätsel, wieso das mit den Reparationen niemand früher durchschaut hatte. Immer hatte Deutschland mehr importiert als exportiert:

1900 war das Verhältnis Export zu Import: 4,6 zu 5,8 Milliarden, 1905: 5,7 zu 7,1 Milliarden, 1910: 7,5 zu 8,9 Milliarden. Nur 1913 glich sich die Handelsbilanz beinahe aus. Deutschland exportierte für 10,097 Milliarden und importierte für 10,770 Milliarden Mark. ...<<

Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor) schreibt später (am 27.08.2005) in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>Befreiung, Niederlage oder was?

Deutschlands Reparationsleistungen nach dem Ersten Weltkrieg und deren Folgen

Der Erste Weltkrieg war für fast alle kämpfenden Parteien auch ein finanzieller Opfergang gewesen. Die Deutschen hatten ihre Kriegsausgaben mit Steuern und mit Staatsanleihen selber finanziert. Briten und Franzosen hatten sich die nötigen Gelder größtenteils bei Banken in Amerika geliehen. Die Kriegskosten der USA dagegen waren durch den späten Eintritt in den Krieg relativ gering geblieben. So versuchten die Regierungen Englands und Frankreichs, ihre Kriegsschulden und Kriegslasten nach 1919 aus dem besiegten Deutschland einzutreiben.

Deutschland wurden demzufolge nicht nur Kolonien, Auslandsvermögen, Patente und Indu-

strianlagen von immensen Werten abgenommen, sondern die neue deutsche Republik sollte neben Sachleistungen wie Kohle, Holz, Vieh und anderem auch in "barem" Geld bezahlen.

Als erstes mußte Deutschland 1919 zur Sicherung der noch nicht festgelegten Reparationen bei ausländischen Banken eine Schuldverschreibung über 100 Milliarden Goldmark unterschreiben und dafür ab der Unterzeichnung fünf Prozent Zinsen - das waren fünf Milliarden Goldmark jährlich - zahlen. Um die Größenordnung zu verstehen, sei erwähnt, daß Frankreich 1871 nach einem Kriege, den es selbst verursacht, erklärt und dann verloren hatte, mit einer Gesamtreparation von rund fünf Milliarden Goldfranken (zirka vier Milliarden Goldmark) davongekommen war. Die alliierten Sieger verlangten 1919 statt dessen einen Beitrag in fast der gleichen Höhe, aber einmal jährlich, und das ohne Tilgungsanteil.

Im Januar 1921 legten die Siegermächte dann die Gesamthöhe der Reparationen Deutschlands für die nächsten 42 Jahre fest: etwa 331 Milliarden Goldmark. Auch hier zwei Zahlen zum Vergleich. Die Kosten Deutschlands für den gesamten Ersten Weltkrieg hatten mit 163 Milliarden Goldmark nur halb soviel betragen. Und das besiegte Rußland hatte 1918 im Frieden von Brest-Litowsk überhaupt keine Reparationen an die Sieger Deutschland und Österreich-Ungarn zahlen müssen. Man sah im Ausland schon damals, wie völlig maßlos die eigenen Forderungen in Versailles waren.

Dazu drei Siegerstimmen: Der damalige italienische Ministerpräsident Nitti: "Noch niemals ist ein ernstlicher und dauerhafter Friede auf die Ausplünderung, die Quälerei und den Ruin eines besiegten Volkes gegründet worden."

Der US-amerikanische Außenamts-Staatssekretär Lansing noch während der Versailler Sitzungen: "Die Friedensbedingungen erscheinen unsagbar hart und demütigend, während viele von ihnen mir unerfüllbar erscheinen."

Und Churchill in seinen Erinnerungen: "Die wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertrages waren so böseartig und töricht, daß sie offensichtlich jede Wirkung verloren. Deutschland wurde dazu verurteilt, unsinnig hohe Reparationen zu leisten."

Doch die rechtzeitigen und auch die späteren Einsichten führten nicht dazu, dem besiegten Deutschland eine Brücke zu bauen.

Die junge deutsche Republik hatte außer den Reparationen auch noch die eigenen Kriegsanleihen abzutragen, die Unterstützung für die Kriegsoffer aufzubringen, die Entschädigungen für die in Elsaß-Lothringen verlorenen Sachwerte zu leisten und obendrein den Siegern die Besatzungskosten zu bezahlen.

So kam es, daß das Deutsche Reich schon die zweite Monatsrate nicht mehr voll bezahlen konnte. Die Sieger besetzten daraufhin zum ersten Mal als Straf- und Repressionsmaßnahme einen Teil des Ruhrgebiets, die Städte Duisburg, Düsseldorf und Ruhrort.

Im Mai 1921 legten die Siegermächte dann einen "endgültigen Reparationsplan" fest, der allerdings nicht lange (end-)gültig blieb. Die neue Schuld betrug noch 132 Milliarden Goldmark plus einer 26-Prozent-Abgabe auf alle deutschen Exporte, was jährlich noch einmal zwei bis drei Milliarden Goldmark ausmachte.

Auch 1922 konnte die Weimarer Republik die Schulden nicht bezahlen. Als gegen Ende 1922 noch 1,6 Prozent der Jahresrate fehlten, marschierten belgische und französische Truppen ein zweites Mal ins Ruhrgebiet und besetzten Oberhausen und Essen. Die Reichsregierung Cuno rief daraufhin zum "passiven Widerstand" gegen die Besatzungstruppen auf, was zur Erschießung von 14 deutschen Arbeitern und der Vertreibung von 80.000 Männern aus dem Ruhrgebiet führte, die damit Heim, Arbeitsplatz und Lohn verloren. Frankreich unterband außerdem die Lieferung von Kohle von der Ruhr ins nicht besetzte Deutschland.

Da die Weimarer Republik schon die Kohlereviere Saar an die Franzosen und Oberschlesien an die Polen hatte übergeben müssen, brach mit dem Kohle-Embargo an der Ruhr die Energieversorgung im ganzen Reich zusammen. Dem folgten der Kollaps der deutschen Industrie-

produktion und kurz darauf auch der Zusammenbruch der Reichsmark-Währung. Es kam zur Inflation, bis vier Milliarden Reichsmark nur noch den Wert von einem Dollar hatten. Es kam zu hoher Arbeitslosigkeit und zur Verelendung eines großen Teiles der Bevölkerung in Deutschland.

1924 folgte der nächste Zahlungsplan der Sieger, der Dawes-Plan, der wieder keine Obergrenzen für die deutschen Zahlungspflichten nannte, aber geringere Jahresraten ansetzte. Deutschland - nach wie vor nicht zahlungsfähig - lieh sich das verlangte Geld bei US-Banken und zahlte seine Reparationen nun fünf Jahre lang mit immer neuen Schulden. 1930 wurde der Dawes-Plan vom Young-Plan abgelöst, der die "endgültige" Höhe der Reparationen festlegte und die Zahlungsdauer 1988 enden ließ. Auch die Young-Raten mußte sich die Weimarer Republik bei Banken in den USA besorgen. Die Reste der Dawes- und der Young-Anleihen zahlt die Bundesrepublik Deutschland noch bis zum Jahr 2010 bei Banken in den USA ab.

1930 begann die Weltwirtschaftskrise in Nordamerika. Die US-Banken - nun selbst in Schwierigkeiten - verlangten von den deutschen Schuldner-Banken, alle kurzfristigen Kredite der letzten Jahre sofort zurückzuzahlen, worauf im Sommer 1931 fast alle deutschen Banken Konkurs anmelden mußten. Es folgte die Zeit der Depression in Deutschland, die Zeit der sechs Millionen Arbeitslosen und der Versuch der Reichsregierung Brüning, die Weimarer Republik am Parlament vorbei mit Notverordnungen wirtschaftlich zu retten. Dies war der Tod der Republik von Weimar.

England und Frankreich hinterließen beim deutschen Volk in dieser Zeit das bittere Gefühl, daß die maßlosen Reparationen die Hauptschuld an der Inflation, an der hohen Arbeitslosigkeit und am eigenen Elend hatten. Daß Inflation und Elend auch noch andere Gründe hatten, wurde nicht so klar gesehen. Selbst der englische Wirtschaftswissenschaftler Keynes bezeichnete die Reparationen als Versklavung, Ausrottung und Unterdrückung. Warum sollten Deutsche dieses anders sehen?

Wer hinter die Kulissen blickte, bemerkte auch, daß die Vereinigten Staaten von Amerika die eigentlichen finanziellen Gewinner des Ersten Weltkriegs waren, und daß die deutsche Depression von 1931 ein Kind der amerikanischen Wirtschaftskrise von 1930 war. So nimmt es nicht Wunder, daß die deutsche Bevölkerung nur acht Jahre nach diesen bitteren Notjahren ab 1939 der Überzeugung war, Krieg gegen ihre Peiniger zu führen.

Die Kritik am Unrecht, das die Nationalsozialisten und Hitler bis dahin schon begangen hatten, trat gegen das, was die Sieger des Ersten Weltkriegs den Deutschen bis 1932 zugemutet hatten, kraß zurück. Manche Deutsche wären sicher gerne Adolf Hitler und die Nationalsozialisten losgeworden, aber dann politisch und aus eigener Kraft. Eine Befreiung durch die Peiniger von einst wäre ihnen damals unvorstellbar gewesen.<<

Januar 1921

Deutsches Reich: Die Inflation führt zu einer dramatischen Entwertung der deutschen Währung. Im Januar 1921 beträgt der Wertverlust gegenüber 1914 bereits 93,5 % (x149/42).

08.03.1921

Deutsches Reich: Als die deutsche Regierung fällige Reparationszahlungen verweigert, besetzen französische Truppen am 8. März 1921 die Häfen der Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort.

18.03.1921

Sowjet-Rußland: General Tuchatschewski und Trotzki lassen den Kronstädter Aufstand gegen die bolschewistische Einparteienherrschaft am 18. März 1921 durch die Rote Armee niedergeschlagen. Von den 15.000 Kronstädter Matrosen kommen nur etwa 150 mit dem Leben davon (x243/126).

General Tuchatschewski berichtet später über die Niederschlagung des Aufstandes (x243/-126): >>Ich bin 5 Jahre im Krieg gewesen, aber ich kann mich an ein derartiges Gemetzel

nicht erinnern. Es war keine Schlacht mehr, es war die Hölle. ...<<

23.03.1921

Deutsches Reich: Am 23. März 1921 wird die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft. Die Reichswehr verfügt danach lediglich über 100.000 Berufssoldaten des Heeres und 15.000 Berufssoldaten der Marine (x034/138-139).

20.04.1921

Deutsches Reich: Die deutsche Reichsregierung bittet die US-Regierung am 20. April 1921 um Hilfe, da man die geforderten Reparationen nicht bewältigen kann.

21.04.1921

USA: Die US-Regierung schlägt am 21. April 1921 eine Reparationskonferenz (mit Beteiligung der USA) zur Lösung der deutschen Finanzierungsprobleme vor.

24.04.1921

Österreich: Die Tiroler Bevölkerung stimmt am 24. April 1921 mit 132.000 zu 1.700 Stimmen für den Anschluß an Deutschland (x034/141).

03.05.1921

Deutsches Reich: Am 3. Mai 1921 dringen polnische Milizen gewaltsam in Oberschlesien ein (die Milizen werden inoffiziell von der polnischen Regierung unterstützt). Bei diesem "3. polnischen Aufstand" verüben die "Freischärler" schwere Gewalttaten und ermorden zahlreiche deutsche Zivilisten (x025/43).

05.05.1921

Großbritannien: Nach zähen Verhandlungen senkt die Konferenz der Alliierten in London am 5. Mai 1921 die Reparationen auf 132 Milliarden Goldmark (zahlbar in 37 Jahren).

Diese Forderung übersteigt jedoch weiterhin die deutsche Zahlungskraft, so daß die deutsche Regierung trotz des Londoner Ultimatums (Besetzung des gesamten Ruhrgebietes, falls die Forderungen nicht anerkannt werden) zunächst ihre Zustimmung verweigert.

11.05.1921

Deutsches Reich: Um die angedrohte Besetzung des Ruhrgebietes zu vermeiden, stimmt die deutsche Regierung am 11. Mai 1921 dem Londoner Ultimatum zu.

Die Politiker der deutschen Regierung werden danach von den radikalen Parteien als "Erfüllungspolitiker" diffamiert.

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über die innenpolitische Entwicklung der Weimarer Republik (x057/225-227): >>... Häufige Regierungs- und Koalitionswechsel verschärften das innerparlamentarische Leben, zumal die rechts- und linksradikalen Gruppen und Parteien in steter Opposition zu Regierung und Staat ständig anwuchsen. Nach den Aufständen linksradikaler Elemente in Berlin und München und nach Putschversuchen von rechts (Kapp) erschütterten zahlreiche politische Morde den neuen Staat: die Kommunistenführer Liebknecht und Rosa Luxemburg, die Reichsminister Erzberger und Rathenau.

Ende 1923 kam es zu einer Krise zwischen dem Reich und Sachsen (linkradikale Regierung Zeigner) sowie Bayern, wo "nationale Kräfte" sich vom Reich lösen wollten und ein Putschversuch des Führers der neuen nationalsozialistischen Partei, Adolf Hitler, gegen das Reich scheiterte (Hitlerputsch 9. November 1923).

Diese Unruhen waren weitgehend bedingt durch die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten hervorgerufen durch die Folgen des Krieges und die Belastung des Versailler Friedens. Die Reparationsschuld war ursprünglich auf 226 Milliarden Mark und dann auf 132 Milliarden Mark festgesetzt worden (Londoner Ultimatum 1921). Über die Durchführung entstanden besonders mit Frankreich wachsende Spannungen. Auf zahlreichen Konferenzen der Alliierten verhandelte man über die Reparationen. Die deutschen Regierungen bemühten sich vergebens, ein für das Wirtschaftsleben und die Zukunft des deutschen Volkes erträgliches Maß zu erreichen. Unter dem drohenden Einmarsch alliierter Truppen mußte man schließlich das

Londoner Ultimatum annehmen (Erfüllungspolitik des Kabinetts Wirth).

Um dieselbe Zeit begann der Währungsverfall (Mai 1921): 1 Goldmark = 15 Papiermark, so daß Deutschland ein Moratorium (eine Stundung) beantragte. Es scheiterte an der Haltung Frankreichs, das schließlich im Widerspruch zu England, unterstützt von Italien und Belgien, auf Grund von geringfügigen Rückständen in den deutschen Lieferungen den verhängnisvollen "Weg der produktiven Pfänder" beschritt und das Ruhrgebiet militärisch besetzte (Ruhr-einfall).

Der von der deutschen Regierung Cuno durchgeführte "passive Widerstand", begleitet von Sabotageakten einzelner Deutscher (Erschießung Schlageters) und separatistischen Versuchen, durch Frankreich unterstützt, führte zu keinem Erfolg. Aber auch die französische Politik war gescheitert. ...

Nachdem die Diktaturversuche von links (Sachsen) und rechts (Bayern) gescheitert waren, galt es die Währung zu stabilisieren, da der Markkurs völlig zusammengebrochen war (November 1923: 1 Goldmark = 1 Billion Papiermark).

So drohte neben der innerpolitischen eine soziale und wirtschaftliche Krise, die das Leben in Deutschland zum Erlahmen brachte und die nackte Existenz des Volkes bedrohte.

Nach den Plänen von Helfferich, Luther und Schacht wurde im November die Rentenmark geschaffen, deren Ausgabe auf 3.200 Millionen beschränkt blieb und die sich auf eine Belastung von Grundbesitz, Industrie, Handel und Banken stützte. So gelang es durch das "Wunder der Rentenmark", die Währung zu stabilisieren und damit die gelähmte Wirtschaft aus eigener Kraft wieder zu beleben.

Die Stabilisierung war aber mit der Zerrüttung des deutschen Volksvermögens verbunden, da die alten Guthaben nur zu einem geringen Prozentsatz "aufgewertet" wurden, was die kleinen Sparer um ihre Erträge brachte und den Mittelstand vernichtete. Damit vollzog sich eine Umbildung der sozialen Struktur, wie sie die Geschichte des deutschen Volkes noch nicht aufzuweisen hatte.

Dennoch bewährte sich in der Not die Lebenskraft des Volkes, das seit einem Jahrzehnt unermeßliche Leiden durch Krieg, Revolution und Inflation hatte erdulden müssen.<<

21.05.1921

Deutsches Reich: Schlesische Selbstschutzverbände erstürmen am 21. Mai 1921 den Annaberg in Oberschlesien und schlagen die polnischen "Freischärler" nach schweren Kämpfen zurück.

25.08.1921

USA: Am 25. August 1921 schließt die US-Regierung einen Sonderfrieden mit dem Deutschen Reich.

26.08.1921

Deutsches Reich: Der gemäßigte Zentrumspolitiker Matthias Erzberger (1875-1921, 1919-20 Reichsfinanzminister) wird am 26. August 1921 in Baden von 2 Angehörigen des rechtsradikalen Geheimbundes "Consul" ermordet.

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtet später über die historische und aktuelle Bedeutung des deutschen Politikers Matthias Erzberger (x878/...): >>"**Matthias Erzberger (1875-1921). Außenpolitiker und Reichsfinanzminister**"

I. Erzberger als neuer Typ des parlamentarischen Politikers

Eindrucksvoll trat mit Erzberger in Deutschland ein neuer Politikertyp auf, der die alten politischen Eliten - hohe Beamte, Aristokraten, Angehörige des Hofes - an den Rand drängte. Die neue Bühne war das Parlament, die Parteien das Umfeld, in dem sie sich durchsetzen mußten. Wir dürfen nicht den Fehler machen, Erzberger zu einer Art blutleeren Heroen zu stilisieren und auszubleichen. Das Gegenteil ist richtig.

Erzberger liebte das Leben, war umtriebig und gesellig. Er kam, als er mit 28 Jahren 1903 zum Reichstagsabgeordneten im Kreis Biberach gewählt wurde, für die damalige Zeit gewissermaßen aus dem Nichts. 1875 in äußerst bescheidenen Verhältnissen in Buttenhausen auf der Schwäbischen Alb in einem provinziell katholischen Umfeld geboren und aufgewachsen, ohne akademische Ausbildung (nur Volksschullehrerseminar) brachte er nichts mit, was ihn in einem protestantischen, norddeutsch, preußisch-aristokratisch und höfisch geprägten Milieu in Berlin zum Erfolg verhelfen konnte und für Höheres auswies.

Dennoch war er an fast allen wichtigen politischen Ereignissen zwischen 1903 und 1921 maßgeblich beteiligt. Das gilt für die Aufdeckung der Kolonialskandale 1905/1906, seine Tätigkeit während des 1. Weltkrieges als Leiter der Auslandspropaganda und eines Nachrichtendienstes, die Friedensresolution des Reichstags vom 19. Juli 1917, die Ausreise Lenins aus der Schweiz nach Rußland 1917, die Verhandlungsführung der deutschen Waffenstillstandskommission in Compiègne und die Unterschrift unter dieses Dokument am 11.11.1918, die Durchsetzung der Annahme des Versailler Friedensvertrags am 23. Juni 1919 bis zur großen Reichsfinanzreform 1920.

Aus einer Partei, dem Zentrum, in der er umstritten war und nie die formale Führung innehatte, und einem Parlament, das bis Herbst 1918 fast ohnmächtig war, erreichte er in Schwindel erregendem Tempo einen Aufstieg, der die Zeitgenossen immer wieder verblüffte. Was für ein politischer Weg, den er bis zu seiner Ermordung am 26. August 1921 durchschritt! 1921 war er erst 46 Jahre alt - oder jung. Kein Wunder, daß er Objekt von Bewunderung, aber auch Haß und übler Nachrede wurde. Kaum ein Politiker der Weimarer Republik war umstrittener als er.

Zur Illustration drei Zitate zu Erzberger:

Artikel im Alpenbote vom 18.04.1918: "Er ist da. Unser freundlicher Nachbarort Schliersee ist über Nacht Mittelpunkt der Welt, Nabel der Erde geworden. Der Großmogul von Buttenhausen, Präsident der deutschen Republik, Herzog von Albanien und Litauen, Gelbfüßler von Biberach, Spiegel-, Blitz- und Knöpfleschwab, Großkomtur vom Spinnrad, Matthias Erzberger, ist mit Gefolge dort eingetroffen. Lord Balfour wird erwartet, Clemenceau wird inkognito eintreffen. Man sagt, daß Erzberger im Hotel Seehaus den Frieden diktieren wird" (zitiert nach K. Epstein, S.274).

Graf Harry Kessler, Abg. Reichstag, Tagebuchnotizen vom 25. Juli 1919: "Als Graefe (der Erzberger im Reichstag schwer angegriffen hatte, d. Verf.) sich setzte, hatte man das Gefühl, daß die Situation rhetorisch nicht mehr gesteigert werden konnte. Erzberger mit seiner Spießberggestalt, seinem klobigen Dialekt, seinen grammatischen Sprachfehlern fiel zunächst ganz ab, obwohl er sehr geschickt und dramatisch anfang mit:

'Ist das alles?'

Ich stand unmittelbar hinter ihm an der Rednertribüne, sah seine schlecht gemachten platten Stiefel, seine drolligen Hosen, die über Korkenzieherfalten in einem Vollmondhintern münden, seine breiten untersetzten Bauernschultern, den ganzen fetten, schwitzenden, unsympathischen Kerl in nächster Nähe vor mir: jede ungelenke Bewegung des klobigen Körpers, jeden Farbwechsel in den dicken, prallen Wangen, jeden Schweißtropfen auf der fettigen Stirn. Aber allmählich wuchs aus dieser drolligen, schlecht sprechenden ungeschickten Gestalt die furchtbarste Anklage empor, die schlecht gemachten, schlecht gesprochenen Sätze brachten Tatsache auf Tatsache, schlossen sich zu Reihen und Bataillonen zusammen, fielen wie Keulenschläge auf die Rechte, die ganz blaß und in sich zusammengeduckt und immer kleiner und isolierter in ihrer Ecke saß" (Tagebücher 1918-1937, Frankfurt/M, 1961).

Helfferich-Pamphlet "Fort mit Erzberger": "Das ist der Herr Erzberger, der sich gegen die von allen Seiten auf sein politisches und persönliches Verhalten anstürmenden Anklagen nicht etwa dadurch schützt, daß er diese unwiderleglichen Anklagen zu widerlegen sucht, sondern

dadurch, daß er falsche und verleumderische Anklagen gegen seine Ankläger erhebt! Das ist der Herr Erzberger, der nicht doppelt und dreifach, sondern 10- und 20fach von allen Seiten der Unwahrheit geziehen wird; der sich eine unsaubere Vermischung politischer Tätigkeit und eigener Geldinteressen zum Vorwurf machen lassen muß; der auf alle diese Anschuldigungen trotz schärfster Herausforderung nicht klagt sondern kneift und nach Art des Tintenfisches das Wasser trübt, um zu entwischen ... etc" (Berlin 1919, S. 81 ff.). Den nachfolgenden Beleidigungsprozeß gegen Helfferich verlor Erzberger unglücklich in 1. Instanz, was 1920 zu seinem zeitweiligen Rückzug aus der Politik führte.

Wir sehen einen Politiker mitten im Getümmel der öffentlichen Auseinandersetzung. Erzberger provozierte Ironie, nötigte Respekt ab, aber er weckte auch blanken Hass. Selten haben sich alte Eliten von neuen Eliten verdrängen lassen, ohne die Vertreter der neuen Eliten heftig zu bekämpfen und zu diffamieren. Die Auseinandersetzungen zwischen Helfferich, einem typischen Vertreter der alten Eliten, der es immerhin zum Vizekanzler gebracht hatte, und Erzberger legen davon beredtes Zeugnis ab. Mit Todesfolge: die Attentäter haben Helfferichs Pamphlet "Fort mit Erzberger" wörtlich genommen.

Erzberger war enorm durchsetzungsfähig, er entwickelte im Parlament er eine unglaubliche Durchschlagskraft. Seine außerordentliche Verantwortungsfreude und sein Geschick im Umgang mit Mitarbeitern halfen ihm dabei. Er erspürte nicht nur zukunftssträchtige Themen und neue Mehrheiten, er konnte sie auch organisieren und bündeln. Bestes Beispiel ist die Friedensresolution des Reichstags von 1917, als er eine Koalition von Zentrum, Linksliberalen und Mehrheitssozialdemokraten schmiedete und die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse von rechts nach links verschob. Statt - wie wir heute sagen würden: Mitte rechts, Mitte links. Es gelang ihm, den Versailler Friedensvertrag gegen alle Widerstände im Reichstag durchzudrücken - wenn auch letztlich nur mittels eines Geschäftsordnungstricks.

Ein weiteres Beispiel ist die Reichsfinanzreform. Er schien in allen Gremien präsent, ja allgegenwärtig zu sein. Sein Einfluß war dominant, obwohl er noch nicht einmal in der eigenen Fraktion einhellig unterstützt, ja von dort oft behindert wurde. Entscheidenden innerparteilichen Rückhalt verschaffte er sich stets in der süddeutschen, insbes. württembergischen Zentrumspartei, die ihn selbst dann stützte, wenn ihn Parteispitze und Fraktionsvorstand des Zentrums kalt stellen wollten.

Erzberger war ein Multitalent der Öffentlichkeitsarbeit. Als Abgeordneter gab er eine katholische Korrespondenz heraus, deren Artikel im ganzen Land nachgedruckt wurden. Er muß seine Analysen und Ansichten so gut unter die Leute gebracht haben, daß ihm das Auswärtige Amt und das Marineamt zu Beginn des 1. Weltkrieges die Leitung der Auslandspropaganda antrugen - ein absolut erstaunlicher Vorgang. Der kaiserliche Beamtenstaat und Militärapparat übertrug einem jungen Parlamentarier diese wichtige Aufgabe, die früh als mitentscheidend für den Kriegsausgang erkannt wurde. Erzberger war als Leiter der Auslandspropaganda nicht zimperlich und kaufte z.B. nützliche Journalisten, startete mit Geld Pressekampagnen, kaufte verdeckt Zeitungen im Ausland auf etc. Es war Krieg und es kam darauf an, das neutrale Ausland zugunsten Deutschlands zu beeinflussen.

Die Pressearbeit verschaffte ihm viele nützliche Kontakte, so daß er schließlich einen Nachrichtendienst aufbauen konnte. Schon als junger Abgeordneter hatte er sich bei der Aufdeckung der Kolonialsandale nicht gescheut, auf ungewöhnlichem Wege Informationen zu sammeln, die ihm nützlich waren; eine Tatsache, die seine Gegner dann auch gegen ihn auch ausschlachteten. Das Geld kam im Krieg vom Auswärtigen Amt. Erzberger war nach der Friedensresolution 1917 von der Regierung, die am Kriegskurs festhielt, weitgehend kalt gestellt worden. Nach dem Bedeutungs- und Machtgewinn des Parlaments im Herbst 1918 wurde er dann Staatssekretär, zunächst ohne Portefeuille, dann wieder zuständig für Propaganda. Er muß es gut gemacht haben. Er war das, was man heute einen genialen Kommunikator nen-

nen würde. Allerdings vermag Propaganda wenig gegen allzu widrige Umstände.

Den Zeitgenossen wurde bei Erzbergers vielfältigen Aktivitäten zuweilen schwindlig. Seine Auffassungsgabe war schnell, für die meisten zu schnell, sie konnten ihm nicht folgen. Fast noch schneller entwickelte er Projekte und faßte Entschlüsse. Erzberger wirkte auf viele wie ein Chamäleon. Einige zogen daraus den Schluß, daß ihm nicht zu trauen sei. Daß er sich trotzdem immer wieder durchsetzte, verstörte sie. Mit diesem neuen Politikertyp kamen sie nicht zurecht. Erzberger verkörperte früh das im 20. Jahrhundert auch in Deutschland heraufziehende Zeitalter des Parlamentarismus und parlamentarischer Politiker. Den Vertretern der alten deutschen Eliten war er als Politiker haushoch überlegen. In ihm fanden die französischen und britischen Politiker einen ebenbürtigen Widerpart.

II. Erzberger, der Sozialismus und die Sozialdemokratie

Beispielhaft für Erzbergers Einsichts- und Wandlungsfähigkeit ist sein Verhältnis zur Sozialdemokratie. In einem Zeitungsartikel vor dem 1. Weltkrieg formulierte er: "Das größte Problem, das der inneren Politik des Reiches zur Lösung gestellt ist, ist die Zertrümmerung der gewaltigen Macht der Sozialdemokratie; hinter dieser Kernfrage des innerpolitischen Lebens stehen alle anderen zurück. ... Rechte, Zentrum und Nationalliberale müssen ihn (d.h. den Kampf gegen die Sozialdemokratie, d. Verf.) ... mit aller Entschiedenheit und allen Konsequenzen aufnehmen und geschlossen führen - im Interesse des Staatsganzen. Es gibt keine notwendigere Aufgabe der Gegenwart als diese, und die künftige Generation würde uns nie von der Schuld des Parteiegoismus, der berechtigten Anklage der politischen Kurzsichtigkeit und Unfähigkeit lossprechen können, wenn diese Parteien versagen wollten" (Der Tag, 13. Mai 1914, zit. nach K. Epstein, S.113).

Erzberger war Zeit seines Lebens Anhänger der katholischen Soziallehre. Er galt auch als Sozialexperte seiner Partei. Als gläubiger Katholik, der - soviel wir wissen - nie eine Glaubenskrise durchmachte, verteidigte er diese Lehre in scharfer Abgrenzung zu den seinerzeit atheistischen Sozialisten. Es war die Ablehnung des Atheismus, die Erzberger früh in die Gegnerschaft zur Sozialdemokratie trieb. Denn Erzberger hat den Kapitalismus durchaus kritisch gesehen. 1921, also noch vor der Weltwirtschaftskrise formulierte er:

"Das kapitalistische System hat den Arbeiter enteelt. Es hat das innere Band zwischen der Persönlichkeit des Arbeiters und der Arbeitsstätte, diese unentbehrliche Voraussetzung freudigen Schaffens, eherner Energie und höchster Kraftentfaltung zerschnitten. Der Arbeiter wurde - ich spreche absichtlich in spitzen Ausdrücken, um in die Wand jahrzehntelanger Vorurteile und Voreingenommenheiten einzudringen - als eine Nummer, als ein wirtschaftlicher Zuchthäusler behandelt, der zur festgesetzten Stunde kam, seine Nummer erhielt, seine Tagesstunden seelenlos und widerwillig abarbeitete... er sah im Papierkapitalismus, dessen Träger ihm ganz fremd waren, seinen Bedrucker und Aussauger" (Christlicher Solidarismus als Weltprinzip, Mönchen-Gladbach, 1921, S.7).

Es war nicht die Affinität in der sozialen Frage, die Erzberger an die Sozialdemokratie heranrücken und zum Bündnispartner machen ließ. Angesichts der schon im Sommer 1917 desolaten Kriegslage suchte Erzberger Verbündete für das Ziel, einen Verständigungsfrieden herbeizuführen. Neben den Linksliberalen bot sich hierzu nur die Sozialdemokratie an. Mit den Mehrheitssozialdemokraten und den Linksliberalen (Fortschrittspartei) schmiedete er deshalb ein Bündnis, das in die Friedensresolution des Reichstags vom 19. Juli 1917 mündete. Alle Begleitumstände können hier nicht ausführlich wiedergegeben werden, wichtig sind die Folgen.

Die Sozialdemokraten, bis dahin als "vaterlandslose Gesellen" und "Vaterlandsverräter" verketzert, ausgegrenzt und verleumdet, die Bismarck mit den Sozialistengesetzen bekämpfte, bildeten nun mit dem Zentrum und den Linksliberalen eine Mehrheitskoalition im Reichstag. Es war die völlige Umkehrung bisheriger Mehrheits- und Machtverhältnisse im Reich. Vorher

hatte das Zentrum die politische Rechte gestützt und zur Mehrheit verholfen. Im Sommer 1917 ging es um die existentielle Frage von Krieg und Frieden. Die Sozialdemokratie wird fortan dank Erzberger die Geschicke Deutschlands entscheidend mitbestimmen. Es ist dieses Bündnis von Linksliberalen, Sozialdemokratie und Zentrum, das die Weimarer Republik tragen sollte.

Wenn wir heute in Deutschland mit der Bundeswehr eine Parlamentsarmee haben, deren Einsatz nur vom Bundestag beschlossen werden kann, geht auch das auf die Erfahrung der Zeit Erzbergers zurück. Keine Regierung kann sich heute - wie 1917 - über den erklärten Mehrheitswillen des Parlamentes hinwegsetzen. Nach heutigem Verfassungsrecht wäre von deutscher Seite 1917 rechtzeitig ein Verständigungsfrieden gesucht worden.

III. Erzberger als Föderalist und die Reichsfinanzreform

Als Erzberger im Juni 1919 zum Reichsfinanzminister ernannt wurde, schien er vor einer unlösbaren Aufgabe zu stehen. Die Reichsfinanzen konnten zerrütteter gar nicht sein. Die Last der Kriegsanleihen, von deren Rückzahlung das Wohlergehen so vieler Menschen abhing, die anstehenden Reparationszahlungen an die Entente-Mächte, wie sollte und konnte diese Aufgabe geschultert werden? Das Reich war zudem in Steuersachen Kostgänger der Länder, bei denen die Steuerhoheit lag. Erzberger übertrug als erstes die Steuerverwaltung auf das Reich und zentralisierte sie in Berlin.

Das war revolutionär nicht nur im Verhältnis von Ländern und Reich, weil das föderale Machtgefüge zugunsten Berlins umgewälzt wurde. Es war ein süddeutscher Partikularist, der schwäbische Abgeordnete Erzberger, der stets auf die Eigenständigkeit der Länder gepocht hatte, der dies zustande brachte. Wahrscheinlich konnte nur einer wie er solches bewerkstelligen. Denn er brauchte dazu natürlich auch die Zustimmung der Länderkammer (heute Bundesrat).

In der Sache selbst hat Erzberger, Vertreter der kleinen Leute, die Reichseinkünfte weniger auf die Verbrauchssteuern gestützt, wie es im Kaiserreich geschah, sondern hat die großen Vermögen herangezogen und eine einheitliche Einkommenssteuer eingeführt. Damit wurden im Reich erstmals steuerrechtlich einheitliche Lebensverhältnisse geschaffen. Es wurde für Großverdiener uninteressant in ein anderes Land, etwa Baden umzuziehen, nur weil dort ein anderer, günstigerer Steuersatz galt. (Ein Thema, das heute in Europa und in der EU wieder hochaktuell ist.)

Nur mit einer für alle Bürger gleichen Besteuerung der Einkünfte und Vermögen ließen sich die gewaltigen Finanzlücken schließen. Aber die bis dahin unbedeutende Veranlagung und Besteuerung der großen Vermögen wurde von den Betroffenen als konfiskatorisch empfunden und deshalb als extrem ungerecht empfunden. Wo und wann würde sie das nicht? In den emotional aufgewühlten Anfangsjahren der Weimarer Republik um so mehr. Es fällt nicht schwer, die Aufregung und Empörung nachzuvollziehen. Trotzdem hat Erzberger das allein richtige getan. Er hatte die Unpopularität nicht gescheut.

Ein Politiker, der diese schwere Verantwortung auf sich nahm, verdient auch heute, ja gerade heute unseren höchsten Respekt. Die Inflation von 1923 konnte Erzberger nicht voraussehen. Sie hat auch die Grundlagen seines Werkes nicht zerstört. Erzberger hat Deutschlands Finanzen auf ein Fundament gestellt, auf dem es heute im wesentlichen noch steht. Das eigentliche Verdienst Erzbergers besteht aber nicht darin, daß er das richtige erkannt und formuliert hat. Gute Vorschläge haben auch damals schon viele gemacht. Nein: daß er es durchgesetzt hat!

Der Regierungs- und Parlamentsbetrieb war damals auch nicht einfacher als heute, das Reich-Länderverhältnis damals wie heute das Bund-Länderverhältnis kompliziert und vertrackt. Und dennoch: Erzberger hat es geschafft. Er war, wie Zeitgenossen berichten, in den Beratungen allgegenwärtig. In nur 8 (acht!) Monaten gelang es Erzberger, die Reichsfinanzreform unter Dach und Fach zu bringen. Am 12. März 1920 wurde das letzte Gesetz des Reformpakets ver-

abschiedet.

Im Spannungsverhältnis zwischen Reich (heute Bund) und Ländern war es Erzberger gelungen auf dem umstrittensten Gebiet, nämlich dem der Finanzen einen Ausgleich herbeizuführen. Heute stehen wir wieder vor ähnlichen Aufgaben. Ein Erzberger ist allerdings - soweit ich sehe - nicht in Sicht.

Erzberger als Außenpolitiker

Wenden wir uns nun den umstritteneren Punkten im Wirken Erzbergers zu, die zumeist mit seiner Rolle in der Außenpolitik zusammenhängen.

Vieles hat sich von selbst erledigt. Wir wissen heute, daß die Kritik Erzbergers an der Kolonialpolitik 1905/1906 richtig war und eine solche Kritik hilft und notwendig ist, um Mißstände abzustellen. Die Mißstände gab es und sie wurden überwiegend abgestellt. Das gilt auch dann, wenn in ihrem Gefolge die Regierung von Bülow stürzte und 1919 in Versailles die Kritikpunkte Erzbergers von den Siegermächten zum Vorwand genommen wurden, Deutschland die Kolonien abzunehmen.

Historischer Aufklärungsbedarf besteht noch zu Erzbergers Propagandatätigkeit im Krieg und als Chef eines vom Auswärtigen Amt finanzierten Nachrichtendienstes. Wir wissen zu wenig darüber. Auch die Propagandatätigkeit war ihm vom Auswärtigen Amt angetragen worden. In dieser Funktion nahm er an den meisten täglich stattfindenden geheimen Lagebesprechungen im Auswärtigen Amt teil. Er war ohne Zweifel der bestinformierte Abgeordnete des Reiches, der frühzeitig einen realistischen Einblick in die außenpolitische Lage des Reiches während des Krieges bekam.

Es war kein Zufall, daß man ausgerechnet ihn mit der schwierigen Mission betraute, Italien vom Kriegseintritt abzuhalten. Dreimal reiste er mit offizieller Unterstützung (Diplomatenpaß, Hilfestellung durch Deutsche Botschaft Rom) nach Rom. Stützen konnte er sich vor allem auf den Vatikan, zu dem er als tiefgläubiger Katholik und Spitzenpolitiker der katholischen Zentrumspartei einen guten Zugang hatte. Mit Erzberger setzte der deutsche Katholizismus mittels Diplomatie sein ganzes Gewicht und seinen Einfluß ein, um eine für das Reich günstigere Kriegslage zu erreichen bzw. zu erhalten. Das war keineswegs selbstverständlich. Der "Kulturkampf", den Bismarck gegen die katholische Kirche geführt hatte, lag noch nicht lange zurück.

Die Kritik Theodor Eschenburgs, Erzberger sei "nicht vom Fach" und als "Amateurdiplomate" unterwegs gewesen, geht vollkommen an der Sache vorbei (Th. Eschenburg, Matthias Erzberger, München 1973, S. 35 ff.). Damals wurden - wie auch heute - Personen mit halboffiziellem Status zu Missionen im Ausland eingesetzt, wenn es darum ging, politische Positionen zu explorieren oder zu sondieren. Das gilt insbesondere dann, wenn man sich davon einen besonderen Zugang und möglicherweise eine potentiell positive Einflußnahme versprach.

Es gibt Fälle, in denen sich die Regierung nicht (oder noch nicht) selbst exponieren und engagieren kann. Dann wird auf diese Weise versucht auszuloten, was evtl. möglich ist. Erzberger hatte diesen Zugang beim Vatikan und bei italienischen Abgeordneten. Das war der Sinn von Erzbergers Missionen. Den Kriegseintritt Italiens verhindern konnte Erzberger letztlich nicht, da Wien nicht mitspielte. Der Vatikan allerdings blieb bis Kriegsende neutral. Die Mission, Rumäniens Kriegseintritt gegen die Mittelmächte zu verhindern, scheiterte ebenfalls an der starren Haltung Wiens.

Wir wissen heute, daß der Widerstand Erzbergers gegen den unbeschränkten U-Boot-Krieg richtig war. Als einer der bestinformierten Abgeordneten wußte er, wie Walter Rathenau, daß der unbeschränkte U-Boot-Krieg England nicht in die Knie würde zwingen können und lediglich zum Kriegseintritt der USA gegen Deutschland führen würde. Was dann auch geschah, mit den bekannten Folgen.

Im Frühjahr 1917 setzte sich Erzberger erfolgreich bei Reichskanzler Bethmann-Hollweg da-

für ein, daß Lenin und andere russische Revolutionäre aus der Schweiz über Deutschland nach Rußland ausreisen konnten. Ein Vorgang von welthistorischer Bedeutung - was Erzberger damals freilich noch nicht ahnen konnte. Im Auftrag von Kanzler Bethmann-Hollweg sondierte und verhandelte er mit dem russischen Politiker Kolyschko über einen separaten Waffenstillstand. Der Versuch wurde von Ludendorff torpediert.

Wir wissen heute, daß der Krieg im Sommer 1917 von Deutschland militärisch nicht mehr zu gewinnen war, obwohl die Oberste Heeresleitung und in ihrem Gefolge die Regierung das Gegenteil behaupteten. Das Kräfteverhältnis an den Fronten war zu diesem Zeitpunkt schon 4:1 zu ungunsten Deutschlands und würde mit dem Kriegseintritt der USA im Folgejahr 6:1 betragen. Die ökonomischen Potentiale waren ebenfalls völlig ungleichgewichtig zugunsten der Entente verteilt. Für Erzberger kam es infolgedessen darauf an, rechtzeitig einen Verständigungsfrieden herbeizuführen. Da Oberste Heeresleitung und Regierung sich weigerten, diese Realitäten anzuerkennen, oder, wo sie die Realitäten kannten, die richtigen Schlußfolgerungen daraus zu ziehen, blieb nur der Reichstag.

Erzberger ergriff die Initiative, suchte und schmiedete eine Mehrheit mit Sozialdemokraten, Linksliberalen und Zentrum für die Friedensresolution, die am 19. Juli 1917 angenommen wurde. Das Zentrum hatte unter dem Druck der Kriegslage und Erzbergers Einfluß die Seiten gewechselt und die Sozialdemokraten erstmals in die Verantwortung gebracht. Auf die völlig unvorbereitete deutsche öffentliche Meinung - es herrschte Kriegszensur - wirkte die Friedensresolution wie ein Schlag ins Gesicht, eine öffentliche Desavouierung der eigenen Kriegshoffnungen, für die schon so viele Opfer gebracht worden waren.

Durchsetzen konnte die neue Reichstagsmehrheit die Resolution noch nicht. Die Parlamentarisierung war noch nicht Realität. Die Reichsregierung war im Kaiserreich nicht von Parlamentsmehrheiten abhängig, sondern wurde vom Kaiser ernannt. Oberste Heeresleitung, die Rechtsparteien und Regierung ergriffen sofort die Gelegenheit, die neue Reichstagsmehrheit mit der Behauptung anzugreifen, sie sei dem tapfer kämpfenden, siegreichen deutschen Heer in den Rücken gefallen. Sehr zu Unrecht, wie wir heute wissen. Die der Regierung vom Parlament zugespielte Möglichkeit eines Friedensschlusses wurde nicht genutzt bzw. nicht energisch genug verfolgt. Die politische Chance eines rechtzeitigen Friedensschlusses wurde veran.

Mit seiner Unterschrift unter den Waffenstillstand vom 11. November 1919 in Compiègne/Frankreich hat Erzberger der Weimarer Republik eine schwere Hypothek aufgebürdet. So die immer wieder gehörte Kritik. Erzberger hatte freilich vor der Unterschrift die ausdrückliche Zustimmung Hindenburgs und der Obersten Heeresleitung eingeholt. Trotzdem hat ihn die Rechte dafür verflucht und die sog. Dolchstoßlegende in die Welt gesetzt. Die Weimarer Parteien Zentrum, SPD und Linksliberale haben Erzberger heftig kritisiert, daß er diesen Akt nicht jenen überließ, die für die verzweifelte Kriegslage verantwortlich waren: Hindenburg, Ludendorff und der Obersten Heeresleitung.

So war die junge Republik von Beginn an mit dem Makel der Niederlage behaftet. Immer wieder wird das Beispiel Frankreichs nach der Niederlage 1870/1871 angeführt, als Gambetta, der seinerzeit führende französische Politiker der jungen Republik es nach dem Sturz Napoleons III sorgfältig vermied, die Verhandlungen, die die Niederlage besiegelten, selbst zu führen oder gar die Dokumente eigenhändig zu unterschreiben. Das überließ er den Militärs. In der Tat war es bis dahin üblich, daß Verhandlungen über einen Waffenstillstand von Militärs geführt und abgeschlossen wurden.

Es ist viel spekuliert worden, warum Erzberger diese Aufgabe übernahm. War es Geltungsbedürfnis, wie seine Feinde behaupteten? Oder war es Verantwortungsgefühl? Die Quellen geben keine klare Auskunft. Man kann Erzberger nur aus seiner Zeit verstehen. Vieles blieb damals auch geheim, um die deutsche Verhandlungsposition nicht zu schwächen. Eine andere

Erklärung ist aus heutiger Sicht plausibler:

Erzberger war der einzige deutsche Politiker mit namhafter außenpolitischer Erfahrung, der zudem hoffen durfte, wegen seiner Initiative für die Friedensresolution von den Alliierten gehört zu werden, ja ihnen Konzessionen abzurufen. Keiner konnte sich als deutscher Politiker glaubwürdiger auf die 14 Punkte des US-Präsidenten Wilson berufen als er. Durch seine Propaganda- und Nachrichtentätigkeit war er immer im Kontakt mit der Meinungsbildung und Entscheidungsabläufen im Ausland geblieben. Waffenstillstand bedeutete ja auch noch nicht Friedensschluß. Dort würden die wahren Entscheidungen fallen. In den Waffenstillstandsverhandlungen konnte ausgelotet werden, was bei den Friedensverhandlungen evtl. möglich sein würde.

Die These lautet: Erzberger wollte sich auf die Rolle als Verhandlungsführer bei den Friedensverhandlungen vorbereiten, Wissen, auch Herrschaftswissen ansammeln, über das dann nur er verfügen würde. Er sah sich als führenden deutschen Außenpolitiker, möglicherweise unter günstigen Umständen als eine Art deutscher Talleyrand. (Talleyrand hatte 1815 auf dem Wiener Kongreß als Verhandlungsführer des geschlagenen Frankreichs einen Frieden Status quo ante erreicht.) Warum sonst sollte Erzberger in den Wintermonaten 1918 eine Denkschrift zur "Reform des Auswärtigen Amtes" verfassen? Seine im Spätsommer 1918 verfaßte Schrift "Der Völkerbund. Der Weg zum Weltfrieden", Berlin 1918 zeugt nicht nur von Erzbergers außerordentlichem Gespür für kommende Fragen, sondern empfahl ihn auch den Alliierten, insbesondere den USA als Verhandlungspartner.

Hatte doch US-Präsident Wilson im letzten seiner 14 Punkte zum Friedensprogramm vom 8. Januar 1918 die Errichtung eines Völkerbundes gefordert. In heutiger Sprache, die auf ihn paßt, hatte Erzberger instinktsicher, früh und erfolgreich das "Thema besetzt". Offensichtlich sahen das andere in den damaligen Führungszirkeln des Reiches ebenso, sonst hätte man ihm die Position als Verhandlungsführer in Compiègne wohl kaum anvertraut.

Es kam anders, wie man im Nachhinein weiß. Die Alliierten hörten niemand an und ließen keinerlei Argumente gelten. Der Waffenstillstand, dem - um das zu wiederholen, die Oberste Heeresleitung zustimmte, um dann den Anschein zu erwecken, als hätte sie mit der Sache nichts zu tun - hatte aus der Sicht der Alliierten vor allem den Zweck, ein deutsches Aufbegehren, einen erneuten Widerstand nach Bekanntwerden der Friedensbedingungen zu verhindern. Das wurde mit dem Waffenstillstand ohne Kompromisse durchgesetzt. Wieder hatte man das Beispiel Frankreich vor Augen, wo nach der Niederlage Napoleons III 1870 die junge französische Republik den militärischen Widerstand neu organisierte und kraftvoll wieder aufnahm. Deutschland hingegen wurde nach 1918 völlig wehrlos gemacht.

Diese Vorgeschichte muß kennen, wer die Rolle Erzbergers als treibende Kraft für die Annahme der Versailler Friedensbedingungen verstehen will. Erzberger hatte in Compiègne schmerzlich erfahren müssen, daß die Entente-Mächte keinerlei echte Verhandlungen zuließen. Der Waffenstillstand war ein einseitiges Diktat. Beim Versailler Frieden war es genauso. Die deutsche Delegation, die zu Verhandlungen erst gar nicht zugelassen wurde, wurde außerhalb von Versailles festgehalten und festgesetzt - hinter Stacheldraht! Erzberger hatte in Compiègne eine entscheidende Erfahrung mit der Entente gemacht. Die Entente war nicht bereit, Deutschland einen maßvollen Frieden zu gewähren, wie etwa Frankreich 1815.

Ein maßvoller Frieden wäre theoretisch die eine Möglichkeit gewesen. Aber Deutschland, das im Krieg 4 Jahre lang gegen den Rest Europas standgehalten hatte und erst durch das Eintreten der außereuropäischen Macht USA niedergedrückt werden konnte, war schlicht zu mächtig. Das europäische Gleichgewicht war nachhaltig gestört. Dieses geballte Potential mitten in Europa mußte aus Sicht der Entente-Mächte (und Rußlands bis 1917) irgendwie entschärft, der Kraftklotz gebändigt werden. Ein Verständigungsfrieden hätte aus Sicht der Entente tendenziell eine deutsche Hegemonie in Europa bedeutet. Das wollten weder Frankreich noch

England - unter gar keinen Umständen.

Die andere Möglichkeit war, Deutschland so zu schwächen, daß es auf absehbare Zeit kein entscheidender Machtfaktor mehr werden konnte. Das konnte am besten durch eine Teilung des Deutschen Reiches erreicht werden, das ja erst knapp ein halbes Jahrhundert zuvor geschaffen worden war. Die Teilung war die politische Logik, eigentlich Notwendigkeit, wenn ein Verständigungsfrieden nicht möglich war. Das hat mit politischer Moral, angeblicher Bösartigkeit der Deutschen, Kriegslüsterheit und Militarismus, deutscher Kriegsschuld etc. überhaupt nichts zu tun. Wie wir heute wissen, gab es solche Teilungspläne bei den Entente-Mächten. (Verwirklicht wurden sie dann nach dem 2. Weltkrieg mit dem insgeheimen Einverständnis der europäischen Mächte. Man denke nur an den Widerstand von Frau Thatcher und anderer gegen die Wiedervereinigung 1990!)

Erzberger muß die unversöhnliche Entschlossenheit der Entente-Mächte in Compiègne erkannt haben. Aus reinem Machtkalkül war Erzberger, als gewieftem Politiker, wie wir ihn kennen gelernt haben, klar, daß die deutsche Teilung in der Luft lag. Ein erneutes deutsches Aufbegehren, vor allem militärischer Widerstand hätte den Einmarsch der Alliierten in Deutschland und die Teilung zur Folge. Er wußte auch, daß Deutschland 1919 militärisch vollkommen wehrlos war. Besser war also allemal, den Versailler Frieden, so schmachvoll er in den Augen seiner Landsleute auch war, zunächst einmal hinzunehmen.

Der Versailler Frieden, in der Tat ein Diktat gegenüber Deutschland, war in sich ein unschlüssiger Zwitter. Deutschland wurde einerseits nicht als Friedens-Partner anerkannt. Es wurde andererseits geschwächt, aber nicht entscheidend. Die Entente-Mächte waren letztlich uneinig, die USA zogen sich von der europäischen Bühne bald wieder zurück und im Osten fehlte der Entente der Partner Rußland. Eine schlüssige Lösung zur Wiederherstellung des Friedens in Europa, sprich: "europäischen Gleichgewichts" im Sinne der Entente wurde nicht gefunden. Außerdem wurde Deutschland durch völlig unnütze Klauseln zusätzlich gedemütigt, was nur massivste Ressentiments auslösen konnte.

Erzberger bestens informiert wie stets - und wie nur wenige andere in Deutschland - hat dies gesehen. Er sah die Reichseinheit bedroht. Die Erhaltung der Reichseinheit war Erzbergers immer wiederholtes und durchschlagendes Argument. Es ist Erzbergers Einsatz zuzuschreiben, daß Deutschland deshalb dem Versailler Frieden letztlich zustimmte. Denn Versailles ließ - so Erzberger - den Wiederaufstieg Deutschlands durchaus zu. Folgerichtig, entschlossen und erfolgreich widmete sich Erzberger, wie wir oben gesehen haben, schon 1919 der finanziellen Gesundung des Reiches und der Herstellung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland. Bereits 1921/1922 übertraf im übrigen die deutsche Industrieproduktion schon die von vor 1914.

Die gewaltigen Ressentiments, die sich in Deutschland nach Waffenstillstand und Versailler Frieden in Unkenntnis und unter Verkennung der wahren Lage und Verantwortlichkeiten aufbauten, hat Erzberger zwar gesehen. Ihnen wirkungsvoll entgegen zu treten, war ihm nicht mehr vergönnt. Er wurde schon am 26. August 1921 Opfer dieser Ressentiments.

Es ist die Tragik der Weimarer Republik, daß sie ihre großen Politiker, Matthias Erzberger und Walter Rathenau durch Mord, Friedrich Ebert und Gustav Stresemann durch allzu frühen Tod verlor. Der gewaltigen Ressentiments, die Versailles auslöste, bemächtigten sich andere, die Deutschland in einen neuen Krieg führten, der Europas Vorherrschaft in der Welt beendete.

Ehrung Erzbergers

Es ist Zeit, allerhöchste Zeit, Erzberger die Ehrung zukommen zu lassen, die ihm gebührt. Er ist einer der wenigen, ganz großen deutschen Politiker, deren Andenken wir unbeirrt hochhalten müssen. Er gibt uns Orientierung und ein Wissen um Verantwortung, das noch weit über unsere eigene Lebenszeit fortwirken möge. ...<<

05.09.1921

Schweiz: Der Völkerbund verhindert am 5. September 1921 weiterhin die polnische Übernahme der Freien Stadt Danzig (x064/131): >>... (Polen hat hinsichtlich der Eisenbahn) keine souveränen Rechte im Gebiet der Freien Stadt Danzig. ...<<

09.10.1921

Litauen: Die litauische Stadt Wilna wird am 9. Oktober 1921 von polnischen Freischaren besetzt (x041/85).

20.10.1921

Deutsches Reich: Trotz eindeutiger Volksabstimmung für das Deutsche Reich (59,6 %) muß die deutsche Reichsregierung nach einer Entscheidung der Hohen Alliierten Kommission am 20. Oktober 1921 die oberschlesischen Industriegebiete an Polen abtreten (eindeutiger Bruch des Versailler Friedensvertrages).

Oberschlesien wird danach durch polnische Truppen besetzt (x041/84).

17.12.1921

Schweiz: Der Völkerbund verhindert am 17. Dezember 1921 wieder die polnische Übernahme der Freien Stadt Danzig (x064/131): >>... (Polen hat) nicht das Recht, Danzig zu einer bestimmten auswärtigen Politik zu veranlassen. ...<<

Dezember 1921

Deutsches Reich: Außenminister Walther Rathenau berichtet im Dezember 1921 in der "Wiener Presse" über die verdeckte Herrschaft einer geheimen Elite (x337/150): >>Nur 300 Männer, von denen jeder alle anderen kennt, bestimmen über das Schicksal Europas. Sie wählen ihre Nachfolge aus dem eigenen Gefolge. Diese Männer haben die Mittel in den Händen, eine Staatsform zu beenden, die sie für unvernünftig halten. ...<<

1921

Großbritannien: Premierminister David Lloyd George berichtet im Jahre 1921 über die britische Haltung gegenüber Osteuropa (x256/53): >>Das britische Volk glaube, die Menschen in diesem Teil Europas seien unbeständig und leicht erregbar. Jeden Augenblick könnten sie zu kämpfen beginnen, und es werde vielleicht sehr schwer sein, Recht und Unrecht in diesem Streit zu entwirren.

Er glaube daher nicht, daß sein Land bereit sei, Garantien zu geben, die es in irgendeinem möglichen Falle in diesem Teil der Welt in militärische Operationen verwickeln könnten. ...<<

Der englische Nationalökonom John M. Keynes schreibt im Jahre 1921 über den polnischen Antisemitismus, daß Polen eigentlich kein Gewerbe außer Judenhetze besitzen würde (x025/174).

USA: US-Präsident Warren Harding berichtet im Jahre 1921 über die wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland (x243/82): >>... Ich trete für den Schutz der amerikanischen Industrie ein, und unsere Absicht ist es, zuerst einmal Amerika gedeihen zu lassen.

Die Vorzüge des amerikanischen Marktes werden derzeit den ausländischen Produzenten zu billig angeboten, und das bedeutet, daß wir uns in vielen Produktionsbereichen nicht mehr auf uns selbst verlassen - gerade darauf aber gründete sich das unabhängige und glückliche Schicksal unseres Volkes.

Außerdem sollten die Importe ihren gerechten Anteil zu unserem Staatshaushalt beitragen.<<
Im Jahre 1921 beträgt der US-Export nach Deutschland rund 300 Millionen Dollar (x034/-160).

Im Jahre 1921 wird der Council on Foreign Relations von der "Round Table-Gruppe" gegründet. Den innersten Kreis des CFR bilden Mitglieder der Geheimgesellschaft "Skull & Bones". Diese halbgeheime Organisation spezialisiert sich zunächst auf die US-Außenpolitik und später auf internationale Angelegenheiten (Ziel: Erreichung eines Weltstaates mit einer Weltre-

gierung") und zählt heute zu den einflußreichsten US-Organisationen.

Bekannte Mitglieder (CFR) von A-Z:

Albright; Madeleine (*1937-, amerikanische Politikerin, Demokratische Partei, 1993-97 Ständige Vertreterin der USA bei der UNO, 1997-2001 als erste Frau US-Außenministerin).

Baker, James (*1930-, amerikanischer Diplomat und Politiker, 1989-92 US-Außenminister).

Brzezinski, Zbigniew (1928-2017, amerikanischer Politikwissenschaftler, von 1966-1968 und 1977-1981 Sicherheitsberater der US-Präsidenten Johnson und Carter).

Bush, George Herbert Walker (1924-2018, amerikanischer Politiker der republikanischen Partei, 1971-73 Botschafter bei der UNO, 1976-77 CIA-Direktor, 1981-89 US-Vizepräsident; 1989-93 der 41. Präsident der USA).

Bush, George Walker (*1946-, amerikanischer Politiker der republikanischen Partei, 1995-2000 Gouverneur von Texas, 2001-09 der 43. Präsident der USA, bildete nach den angeblichen Terroranschlägen auf die USA 2001 eine internationale Antiterrorkoalition und führte ab 2001 Militäraktionen in Afghanistan und 2003 Militärinterventionen im Irak durch).

Cheney, Richard (Dick) Bruce (*1941-, amerikanischer Politiker, Republikanische Partei, 1989-93 Verteidigungsminister, 2001-09 US-Vizepräsident).

Clinton, William (Bill) Jefferson (*1946-, amerikanischer Jurist und Politiker der demokratischen Partei, 1979-81 und 1983-93 Gouverneur von Arkansas, 1993-2001 der 42. Präsident der USA).

Eisenhower, Dwight David (1890-1969, amerikanischer Offizier und Politiker, seit 1944 Oberster Befehlshaber der verbündeten Landungsarmee, schied 1948 aus dem aktiven Dienst aus, 1953-61 der 34. Präsident der USA).

Epstein, Jeffrey (1953-2019, amerikanischer Investmentbanker, gründete 1982 ein Vermögensverwaltungsunternehmen für Milliardäre, zu seinen einflußreichen Freunden zählten u.a. Bill Clinton, Ehud Barak, Prinz Andrew, 2006 wegen Mißbrauch von Minderjährigen zu einer Haftstrafe von 18 Monaten verurteilt, 2019 angeklagt, einen Sexhandelsring mit Minderjährigen betrieben zu haben, starb unter mysteriösen Umständen in einer New Yorker Haftanstalt).

Ford, Gerald Rudolph (1913-2006, amerikanischer Politiker, von 1973 bis 1974 republikanischer US-Vizepräsident, nach dem Rücktritt Nixons wegen der Watergate-Affäre von 1974-77 der 38. Präsident der USA).

Greenspan, Alan (*1926-, amerikanischer Wirtschaftsfachmann, Berater der Präsidenten Richard Nixon und Gerald Ford, 1987-2006 Vorsitzender der US-Notenbank Federal Reserve).

Humphrey, Hubert Horatio (1911-1978, amerikanischer Politiker, von 1965-69 Vizepräsident der USA, befürwortete die Vietnampolitik Johnsons).

Hoover, John Edgar (1895-1972, von 1935-72 Direktor des FBI).

Jackson, Jesse (*1941-, amerikanischer Politiker, Aktivist, Bürgerrechtler und Baptistenpastor).

Kissinger, Henry Alfred (*1923-, amerikanischer Politiker, 1973-77 US-Außenminister, erhielt 1973 für seine Bemühungen um den Waffenstillstand in Vietnam den Friedensnobelpreis).

Rockefeller, David (1915-2017, amerikanischer Bankier und Politiker, gründete im Jahre 1973 mit Zbigniew Brzezinski und anderen die Geheimorganisation "Trilaterale Kommission").

Soros, George (*1930-, amerikanischer Wall Street-Spekulant und Unterstützer von linkslastigen Bürgerrechtsbewegungen).

Herbert Ludwig berichtet später (am 7. Januar 2015) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die anglo-amerikanischen Elitenzirkel (x942/...): >>>Die anglo-amerikanische Lenkung der Welt durch Elitenzirkel. Die Entstehung von Chatham House und Council on Foreign Relations

Es ist inzwischen vielen Beobachtern des Weltgeschehens keine Neuigkeit, daß die Außenpolitik der USA und damit ihre imperialistische Ausbreitung über die ganze Welt vom *Council on Foreign Relations* (Rat für auswärtige Beziehungen) mit Sitz in New York und Washington gesteuert wird.

Weniger bekannt ist seine enge historische, personelle und intentionale Verflechtung mit dem entsprechenden elitären Zirkel in England, dem *Royal Institute of International Affairs*, nach seinem Sitz auch *Chatham House* genannt. Der Historiker Markus Osterrieder ist in seinem umfangreichen Werk "Welt im Umbruch" der Entstehung und Zielsetzung beider Einrichtungen, die sich als private Think Tanks geben, detailliert nachgegangen.

Gemeinsamer Ursprung

Die Überzeugung, daß den Englisch-sprechenden Völkern, der "englischen Rasse", ein globaler Führungsanspruch gehöre, der sich in einer ständigen Weltherrschaft realisieren müsse, wurde in elitären Kreisen des britischen Empire und der USA schon seit Jahrhunderten gepflegt. Diese Idee nahm in vielfältigen persönlichen und institutionellen Verbindungen immer konkretere Gestalt an.

Im späten 19. Jahrhundert *hegten zahlreiche Vertreter der adligen, politischen und wirtschaftlichen Elite in Großbritannien, Kanada und den USA den weitgefaßten Gedanken, daß sich in der westlichen Hemisphäre des Planeten ein gemeinsamer zivilisatorischer, politischer und sozialer Zusammenhang bilden muß, eine "Atlantische Gemeinschaft" der Anglo-Saxon race oder auch, synonym gebraucht English-speaking peoples, welche den Führungsanspruch verwirklichen und damit "die Welt beständig beherrschen würde".*

Zu diesen Kreisen zählt insbesondere die 1909 um Lord Alfred Milner gegründeten Round Table-Gruppe. Zentrale Gestalten dieser Gruppe, die intensiv für einen Krieg gegen Deutschland gearbeitet hatte, waren auch an den "Friedensverhandlungen von Versailles" beteiligt. Milner selbst, ab 1916 Mitglied des englischen Kriegskabinetts, war kurz Kriegsminister und gehörte als Kolonialminister zu den Unterzeichnern des Versailler Vertrages.

Sein enger Vertrauter und Schüler Philip Kerr war als Sekretär von Premier Lloyd George an der Ausarbeitung des Versailler Vertrages beteiligt, und von ihm stammte die Formulierung des Alleinschuld-Paragraphen 231, der "Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich" machte, "die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben."

Trotzdem entsprach die 1919/20 entstandene Nachkriegsregelung nicht den Erwartungen des Milner-Kreises. Seine Pläne einer anglo-amerikanisch geführten wirtschaftlichen und politischen Ordnung der Welt hatten durch den Rückzug der USA in eine wieder mehr isolationistische Position einen herben Rückschlag erlitten. Europa sollte im eigenen Saft schmoren, war die Stimmung in der amerikanischen Politik, und der Senat lehnte die Ratifizierung der Pariser Friedensverträge und der Satzung des Völkerbundes ab. Damit war das Vorhaben, eine "Atlantische Gemeinschaft" zu schaffen, im ersten Anlauf gescheitert.

Doch viele der britischen und amerikanischen "Experten" hatten bei den Verhandlungen in Paris Kontakte geknüpft und Freundschaften geschlossen, die zu den im *Round Table* schon bestehenden hinzukamen. Der von der US-Bank J. P. Morgan & Co als Präsidentenberater nach Paris entsandte Thomas W. Lamont und Lord Robert Cecil vom Round Table faßten *den Entschluß, die künftige anglo-amerikanische Zusammenarbeit auf eine feste und dauerhafte institutionelle Grundlage zu stellen, um eine bessere politische Koordination zu ermöglichen und "Material zur Verfügung zu stellen, mit dessen Hilfe diejenigen, die am einflußreichsten sind und am meisten Wissen, Verständnis und perspektivisches Denken in außenpolitischen Angelegenheiten entwickeln, die öffentliche Meinung formen können."*

Am 30. Mai 1919 trafen sich im Pariser Hotel Majestic, dem Hauptquartier der britischen De-

legation, eine britische und eine amerikanische Gruppe unter der Federführung der Briten und Round Table - Mitglieder Lionel Curtis, Philip Kerr, Lord Robert Cecil, Geoffrey Dawson und anderen sowie die Amerikaner Thomas W. Lamont, Tasker Bliss (Ex-Generalstabschef der US-Armee), Oberst Edward House (engster Vertrauter außenpolitischer Berater Präsident Wilsons) neben weiteren und einigten sich darauf, *auf privater Grundlage eine forschende und beratende politikwissenschaftliche Einrichtung mit Niederlassungen in London und New York entstehen zu lassen, welche die Formulierung einer gemeinsamen anglo-amerikanischen Politik anregen, fördern und lebendig erhalten sollte.* ...

Nachdem Robert Cecil und Thomas Lamont die Gemeinsamkeiten von Briten und Amerikanern gepriesen hatten, betonte Lionel Curtis anschließend in seiner Rede: Der zukünftige Frieden "würde davon abhängen, inwieweit die öffentliche Meinung in diesen Ländern richtig oder falsch wäre. Die richtige öffentliche Meinung wird in der Hauptsache von einer kleinen Zahl von Menschen hervorgebracht, die in wirklichem Kontakt zu den Tatsachen stehen und die Angelegenheiten durchdacht haben."

Ein Komitee, bestehend aus dem Briten Lionel Curtis und den Amerikanern Isaiah Bowman, Whitney Shepardson und James T. Shotwell, sollte das weitere Vorgehen im Detail ausarbeiten, *um ein gemeinsames anglo-amerikanisches "Zentrum der maßgeblichen Meinung" zu begründen. In jedem der beiden Länder sollte ein Institut eingerichtet werden, "das als eine Telefonzentrale zwischen ein paar hundert Menschen in jedem Land tätig sein würde. Diese würden die Außenpolitik verwalten und die öffentliche Meinung zum Thema erzeugen."*

Der Lebensraum von Lionel Curtis, von früh auf ein glühender Jünger Alfred Milners, ging in Erfüllung. Was unter dessen Führung zehn Jahre zuvor als Strategie konzipiert und im Round Table weiter bearbeitet worden war, begann konkrete Gestalt anzunehmen. In den USA herrschte allerdings in der Öffentlichkeit eine antibritisch aufgeladene Stimmung, die es den amerikanischen Kumpanen vorerst nicht geraten erscheinen ließ, in dieser Situation eine anglo-amerikanische Einrichtung zu gründen.

Royal Institute of International Affairs

In London dagegen wurde am 5. Juli 1920 das British (seit 1926 Royal) Institute of International Affairs (RIIA) gegründet. Es war von Anfang an fest in den Händen der Milner-Gruppe, insbesondere von Lionel Curtis, der sich gemeinsam mit D. M. Gathorne-Hardy um die Organisation kümmerte, und zum Beirat der Einrichtung zählten stets zahlreiche Personen, die dem Round-Table-Kreis nahestanden. "Zu dem kleinen Stab von festen Angestellten gehörte von der ersten Stunde an der Historiker Arnold J. Toynbee."

Die Mitgliederzahl wuchs von 300 Personen im Jahr 1920 auf 2.414 im Jahr 1936. Dank der Initiative von Lionel Curtis konnte RIIA 1923 die Räumlichkeiten des "Chatham House" auf dem Londoner St. James Square beziehen. Seit 1927 wurde die Hauszeitschrift unter dem Titel "International Affairs" der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. ...

In Chatham House wurden in den folgenden Jahren Konferenzen und Diskussionsrunden abgehalten. Studiengruppen zu bestimmten weltpolitischen Themen eingerichtet, deren Thesen die hauseigene Zeitschrift veröffentlichte. "Politik" wurde in den Rang einer "objektiven" Wissenschaft erhoben, um an Autorität in der Öffentlichkeit zu gewinnen und den regierenden Kreisen faktische Orientierung zu gewährleisten.

Seit 2004 nennt sich das Institute "Chatham House" und ist auch heute noch der führende britische "Think Tank", wie die verschleierte Sprachregelung heißt. Von den bearbeiteten Themen werden "einzelne Schlüsselprojekte von der Rockefeller Stiftung, der Bill & Melinda Gates Foundation, der Konrad Adenauer Stiftung, der Nato oder der EU finanziert und gesponsert", berichtet Wikipedia, worin sich die Weite des bestimmenden atlantischen Einflusses auf die westliche Politik spiegelt. Aber die Verflechtung reicht noch weiter:

"Neben den *Corporate Members*, bestehend aus 75 Großkonzernen, Investmentbanken, Ener-

giekonzernen und 263 weiteren Firmen, zählt das Chatham House derzeit 2.770 international tätige Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Diplomatie, Wissenschaft, Politik und Medien aus 75 Ländern zu seinen Mitgliedern und verfügte im Jahre 2012 über ein aus Wirtschaft, Stiftungen und Mitgliederbeiträgen generiertes Budget von 12 Mio. Euro" (Wikipedia).

Council on Foreign Relations in den USA

Im *Round-Table* schaute man 1920 mit Sorge nach Amerika. Man sah die Gefahr, daß die USA für die britischen Dominions ein gefährlicher Rivale auf den Weltmeeren werden könnten, woraus ein "Sog in Richtung Wettbewerb mit einem unweigerlichen Ende, einem weiteren Weltkrieg", entstünde, wie Philip Kerr in einem Brief schrieb.

Daher nannte sein Freund Robert Brand als ein Haupt-Motiv der Round-Table-Politik die Stärkung der Bande zwischen den englischsprechenden Völkern. Kerr und Curtis waren der Auffassung, die Amerikaner müßten zu ihrer Aufgabe in der Welt erzogen werden, "denn sie hätten noch 'einen kindlichen Glauben in die Tugenden der Demokratie und des Laissez-faires'." Das in den USA noch zu gründende Institut müsse wie Chatham House die Aufgabe haben, die "öffentliche Meinung" zu erziehen.

1921 war es auch in den USA soweit. Bereits am 1. Juni 1918 hatte hier der Morgan-Partner Elihu Root anlässlich eines Abendessens für dreißig geladene Gäste aus der Finanz- und Anwaltswelt im New Yorker Metropolitan Club einen außenpolitischen "Dinner-Club" mit Namen Council on Foreign Relations gegründet. Wenige Monate später schlugen ihm Isaiah Bowmen und Whitney Shepardson vor, seinen Club mit dem Vorhaben der 21 Experten aus Paris zusammenzulegen.

"Aus dieser Fusion entstand in New York am 29. Juli 1921 das amerikanische Pendant des RIIA, das private Council on Foreign Relations (CFR) mit der Hauszeitschrift *Foreign Affairs*, das personell wie finanziell eng an J. P. Morgan & Co gebunden war." An der Gründung maßgeblich beteiligt waren Oberst Edward House, dessen Mitarbeiter in der Beratung Präsident Wilsons, der einflußreiche Journalist Walter Lippmann und die deutsch-stämmigen Bankiers Paul Warburg und Otto Hermann Kahn (Wikipedia). "Im CFR führend wurden alte Round-Table-Kontakte wie Shotwell, Coolidge, Lamont, John W. Davis, Norman H. Davis, Charles P. Howland, Paul D. Cravath, Bowman und Shepardson."

Die heute 4.500 Mitglieder setzen sich aus den einflußreichsten Eliten aus Politik, Finanzindustrie, Wirtschaft, Medien und Hochschulen zusammen. Präsidenten, Minister und Regierungsbeamte werden zu weiten Teilen aus dem CFR rekrutiert, das die Politik, insbesondere die Außenpolitik der USA weitgehend bestimmt.

"Die Aufgaben des CFR sind zum einen die Arbeit in den Diskussions- und Studiengruppen, zum zweiten Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel, eine pro-internationalistische Außenpolitik der USA zu fördern und schließlich die Arbeit im Formulierungsprozeß US-amerikanischer Außenpolitik."

Auch für den CFR finanziert die Rockefeller-Stiftung wichtige Projekte, und eine seiner wichtigsten Säulen, das *David Rockefeller Studies Program*, trägt den Rockefeller-Namen. "Es beschäftigt 70 hauptberufliche sogenannte CFR-Fellows, die wirtschaftliche und politische Expertisen erarbeiten und über das bestehende Netzwerk an Entscheidungsträger übermitteln." (Wikipedia)

Die theoretische Grundlegung der Eliten-Herrschaft

Dem *kindlichen Glauben der Amerikaner an die Tugenden der Demokratie*, den die Round-Tabler Kerr und Curtis beklagt hatten, ging der ihren Ideen verbundene CFR-Mann Walter Lippmann gründlich zu Leibe. In seinem 1922 veröffentlichten Buch *Öffentliche Meinung*, einem der einflußreichsten Bücher seiner Zeit, zerlegte er die Vorstellung von der Mündigkeit und Urteilsfähigkeit des Menschen als Grundlage der Demokratie. Er hielt es für unhaltbar, daß jeder Durchschnittsbürger nach Studium der Tatsachen ein zutreffendes Urteil über politi-

sche und gesellschaftliche Fragen fällen könne.

"Stark beeinflusst von der philosophischen Richtung des Pragmatismus, die sein akademischer Lehrer in Harvard, der Philosoph William James, mitbegründet hatte, stritt Lippmann ab, daß der Mensch kraft seines Denkens zu einer realitäts- und wahrheitsgemäßen Erkenntnis gelangen könne. Der handelnde Mensch könne das Denken nur als eine Art Hilfe benutzen, um Tatsachen und Informationen der äußeren Welt zu sammeln, zu kombinieren und zu Ideen zusammenzufassen."

Abgesehen davon, daß diese Erkenntnistheorie, auf sich selbst angewendet, dann ebenfalls keine *realitäts- und wahrheitsgemäße Erkenntnis* sein kann und so in sich zusammenfällt, verfiel Lippmann dann im weiteren in die Inkonsequenz, die Experten von diesem behaupteten allgemeinen menschlichen Unvermögen auszunehmen und sie nur auf den Durchschnittsmenschen zu beziehen.

Bei diesem komme ein weiterer Mangel hinzu. Der Mensch verzerre die Wahrnehmung von Realität notwendigerweise durch Emotionen, Gewohnheiten und Vorurteile. Er sehe nur, was er suche, zu was er durch Erziehung und Erfahrung geführt werde. Sein Urteil erfolge gemäß den Stereotypen, die ihm sein kulturelles Umfeld auferlege. Für den Durchschnittsbürger sei die Welt viel zu groß und zu kompliziert für sein Verständnisvermögen. Man dürfe dem Urdogma der Demokratie nicht mehr glauben:

"Das Wissen, das man zur Bewältigung der menschlichen Angelegenheiten braucht, entspringt spontan dem menschlichen Herzen." Man müsse sich von "der unerträglichen und undurchführbaren Fiktion" verabschieden, "daß jeder von uns eine kompetente Meinung über öffentliche Angelegenheiten erwerben müsse." Das sei eben grundsätzlich nicht möglich.

Politische und soziale Themen sollten besonderen Experten vorbehalten bleiben, die sich in eigens geschaffenen Instituten und Einrichtungen durch ihre wissenschaftlichen Methoden über die gesellschaftlichen "Stereotypen" hinwegsetzen könnten. "Ihr Rat solle das Urteil der Regierenden vorformen, und die Regierung solle das Urteil der Öffentlichkeit zur Zustimmung oder Ablehnung vorlegen." Was auch wieder inkonsequent und wohl als eine Konzession gedacht ist. Denn, so Lippmann wörtlich:

"Das allgemeine Interesse entzieht sich zum größten Teil vollständig der öffentlichen Meinung und kann nur von einer spezialisierten Klasse gehandhabt werden." Dem Außenstehenden stehe ein eigenes Urteil über die ausschlaggebenden Tatsachen nicht zu. Aufgabe der Medien sei es, wie ein Scheinwerfer die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf ein bestimmtes Thema zu lenken. "Wahrheit" könnten die Medien aber nicht vermitteln.

In seinem 1925 veröffentlichten Folgeband *Die Phantomöffentlichkeit* wurde Lippmann noch drastischer. "Der Durchschnittsbürger besitze weder die Fähigkeit noch das Interesse, das gesellschaftliche Leben zu gestalten. Die Theorie der direkten Demokratie sei schlichtweg falsch, sie gehe von einer Abstraktion, eben einer 'Phantomöffentlichkeit' aus. Man müsse vielmehr zwischen Insiders und Outsiders unterscheiden - zwischen jenen, die Zugang zu Informationen besäßen, und jenen, die keinen Zugang hätten."

Ein Kritiker schrieb dazu, Lippmann wolle "eine Aristokratie des Geistes und des Charakters verwirklichen, deren Mitglieder sich der Aufgabe widmen, die Demokratie zum Besten zu gestalten, ob es der Pöbel will oder nicht."

In der Tat ist es ein zentraler Angriff auf die Früchte der gesamten europäischen Geistesentwicklung, die in den wachsenden Fähigkeiten und dem tiefen Streben nach Selbstbestimmung und Freiheit jeder menschlichen Individualität bestehen. Lippmann lieferte den theoretischen Rahmen, in dem aus "Think-Tanks" genannten Hintergrund-Instituten eine neue Aristokratie in arroganter Selbstgewißheit das öffentliche Leben über die Köpfe der betroffenen Menschen hinweg gestaltet.

Das bedeutet ein reaktionäres Zurückführen der Entwicklung in die Zeit der Adelherrschaft

vor der Französischen Revolution. Dabei dient die ganze Theorie einer prinzipiell notwendigen Elitenherrschaft nur als Fassade, hinter der die gruppenegoistischen Interessen dieser Eliten verfolgt werden. *Chatham House* und *Council on Foreign Relations* bilden mit ihren Ablegern in vielen Ländern die einflußreichsten dieser Machtschmieden, von denen die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entscheidungen des anglo-amerikanischen Imperialismus vorbereitet und gesteuert werden.

... Markus Osterrieder: *Welt im Umbruch*, Stuttgart 2014 ...<<

Persien: Mit sowjetrussischer Hilfe gelingt es den Persern nach einem Staatsstreich im Jahre 1921, die britischen Besatzungstruppen aus dem Land zu drängen.

1922

Der Fehler der Deutschen ist, daß es 20 Millionen zu viel von ihnen gibt.

Georges Clemenceau (1841-1929, französische Politiker)

Januar 1922

Deutsches Reich: Die Inflation führt zu einer dramatischen Entwertung der deutschen Währung. Im Januar 1922 beträgt der Wertverlust gegenüber 1914 bereits 97,8 % (x149/42).

16.04.1922

Italien: Außenminister Walther Rathenau (1867-1922, herausragender deutscher Unternehmer und Politiker der Weimarer Republik) schließt am 16. April 1922 in Rapallo einen deutsch-sowjetischen Freundschafts- und Wirtschaftsvertrag (Rapallo-Vertrag) ab. Beide Regierungen nehmen wieder diplomatische Beziehungen auf und vereinbaren, die Wirtschaftsbeziehungen auszubauen.

Aufgrund der deutschen Rüstungsbeschränkungen finden ferner deutsch-sowjetische Geheimverhandlungen über militärische Beziehungen statt (Gestellung von Truppenübungsplätzen in Sowjet-Rußland für deutsche Hilfe bei der sowjetischen Rüstungsproduktion und Ausbildung von sowjetischen Offizieren).

Der "Vertrag von Rapallo" enthält außerdem den sowjetischen Verzicht auf jegliche Kriegsentschädigungen, so daß Frankreich die russischen Vorkriegsschulden nicht wie geplant auf das Deutsche Reich abwälzen kann (x041/86). Das Deutsche Reich verzichtet im Gegenzug auf das in Sowjet-Rußland verstaatlichte deutsche Vermögen (x092/797).

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über den "Rapallo-Vertrag" (x051/464): >>Rapallo-Vertrag, am 16.4.22 während der Weltwirtschaftskonferenz in Genua (10. 4.-19.5.) in Rapallo (Norditalien) abgeschlossener Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, unterzeichnet von den Außenministern Rathenau und Tschitscherin.

Der Rapallo-Vertrag diente der Regelung der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Beide Staaten verzichteten gegenseitig auf Erstattung ihrer Kriegskosten und der militärischen und zivilen Kriegsschäden, Deutschland außerdem auf die Erstattung des in der UdSSR verstaatlichten deutschen Vermögens, und vereinbarten, ihre Wirtschaftsbeziehungen nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung zu regeln und diplomatische und konsularische Beziehungen aufzunehmen.

Durch ein am 5.11.22 in Berlin geschlossenes Abkommen wurde der Rapallo-Vertrag auf die anderen sowjetischen Bundesstaaten ausgeweitet; am 31.1.23 wurde er in Berlin ratifiziert. Mit dem Angriff der Wehrmacht auf die Sowjetunion am 22.6.41 wurde der Rapallo-Vertrag außer Kraft gesetzt.<<

02.05.1922

Frankreich: Staatspräsident Raymond Poincaré informiert den französischen Botschafter in London am 2. Mai 1922 über den deutsch-sowjetischen Vertrag von Rapallo (x243/31): >>... Es liegt auf der Hand, daß ganz Deutschland ... darin den ersten Schritt zu einer engen Annä-

herung an Rußland sieht, die ihm helfen soll, die Westmächte in Schach zu halten und seine Revanche vorzubereiten.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Raymond Poincaré (x051/447):
>>Poincaré, Raymond, geboren in Bar-le-Duc (Lothringen) 20.8.1860, gestorben 15.10.1934 in Paris, französischer Politiker; 1887 nationalistischer Abgeordneter, mehrfach Minister, 1913-20 Präsident der Republik, 1922-24 und 1926-29 Ministerpräsident.

Poincaré war nach dem 1. Weltkrieg Februar - Mai 20 Vorsitzender der Reparationskommission und bestand kompromißlos auf Einlösung der deutschen Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag. Mit seiner Politik der "produktiven Pfänder" provozierte er den Ruhrkampf und führte Frankreich in die Isolierung. Erst in seiner zweiten Amtszeit ließ er Briand mit seiner Aussöhnungspolitik gewähren, blieb aber bei der deutschen nationalen Rechten einer der bestgehaßten französischen Politiker.<<

22.06.1922

Schweiz: Der Völkerbund verhindert am 22. Juni 1922 wieder die polnische Übernahme der Freien Stadt Danzig (x064/131): >>... Nicht Polen, sondern der Völkerbund ist der militärische Schutzherr Danzigs. ...<<

24.06.1922

Deutsches Reich: Außenminister Walther Rathenau (ein fähiger, unermüdlicher Staatsmann und begabter Wissenschaftler, der seit längerer Zeit von den Rechtradikalen als "Bolschewikenknecht" verunglimpft wird) fällt am 24. Juni 1922 einem Mordanschlag der rechtsradikalen "Organisation Consul" zum Opfer.

08.07.1922

Deutsches Reich: Die deutsche Reichsregierung ersucht die Reparationskommission am 8. Juli 1922 um einen Zahlungsaufschub.

27.07.1922

Großbritannien: In London befürwortet der Internationale Friedenskongreß (25.-27.07.1922) die Revision des Versailler Vertrages, wie z.B. die nochmalige Prüfung der Räumung des Rheinlandes, Rückgabe des Saargebietes, Annullierung der Schulden und des allgemeinen Abrüstungsabkommens (x034/175).

Juli 1922

Deutsches Reich: Die Inflation führt zu einer dramatischen Entwertung der deutschen Währung. Im Juli 1922 beträgt der Wertverlust gegenüber 1914 bereits 99,1 % (x149/42).

Reichskanzler Josef Wirth (1879-1956, Zentrum) ist nicht bereit, die damalige Ostgrenze zu akzeptieren.

Reichskanzler Wirth teilt dem deutschen Botschafter in Moskau im Juli 1922 mit (x149/45):
>>... Polen muß erledigt werden ... Ich schließe keine Verträge, durch die Polen gestärkt werden könnte.<<

11.08.1922

Deutsches Reich: Reichspräsident Friedrich Ebert erklärt das "Lied der Deutschen" bzw. das "Deutschlandlied" am 11. August 1922 offiziell zur Nationalhymne der Deutschen Republik.

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 11.08.2012) über das Deutschlandlied (x887/...): >>"Einigkeit und Recht und Freiheit"

Vor 90 Jahren machte Reichspräsident Friedrich Ebert das Deutschlandlied zur Nationalhymne

Ähnlich formlos wie die Bundesrepublik erhielt auch das Deutsche Reich das Deutschlandlied zur Nationalhymne. Wie in der zweiten übernahm auch in der ersten deutschen Demokratie diese Aufgabe der Staatspräsident.

Der 1871 gegründete kleindeutsche Nationalstaat hatte keine Nationalhymne. Ersatzweise wurde die preußische Hymne "Heil dir im Siegerkranz" gesungen. Bei der Feier der Übergabe

Helgolands an Deutschland wurde das "Lied der Deutschen" am 9. August 1890 erstmals bei einem Staatsakt gesungen. Das war sinnig, war der Text doch ein knappes halbes Jahrhundert zuvor von August Heinrich Hoffmann von Fallersleben auf eben dieser Insel für eine 1797 komponierte Melodie Joseph Haydns geschrieben worden.

Zu einer inoffiziellen Hymne der Nation wurde das Deutschlandlied dann im Ersten Weltkrieg. Bei den häufig unübersichtlichen Frontverläufen diente es als Erkennungslied. "Heil Dir im Siegerkranz" war dazu weniger geeignet, da es dieselbe Melodie hatte wie die britische Nationalhymne "God Save the King" (Gott schütze den König). Zudem war es angesichts der antibritischen Stimmung in diesem Krieg auch ein Problem, daß die Melodie britischen Ursprungs war.

Folgerichtig wurde versucht, "Heil Dir im Siegerkranz" mit einer neuen Melodie zu versehen. Doch ist grundsätzlich der Versuch vermessen, von einer historisch gewachsenen Nation zu erwarten, daß sie eine Neukomposition als ihr Nationalsymbol akzeptiert und sich damit identifiziert. Diese Lehre mußte auch Theodor Heuss nach dem Zweiten Weltkrieg mit der von ihm in Auftrag gegebenen "Hymne an Deutschland" machen.

Die "Wacht am Rhein" war nach dem Sieg über Frankreich im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 ein im Kaiserreich sehr beliebtes Lied. Nachdem der Erste Weltkrieg nach der ersten Euphorie im opfer- und verlustreichen Stellungskrieg erstarrt war, war ein derart schmissiges Stück der Lage allerdings weniger angemessen als das getragene Deutschlandlied.

Gelinde gesagt aufgewertet wurde das Lied zumindest in den Augen der deutschen Rechten durch einen Heeresbericht vom 11. November 1914: "Westlich Langemarck brachen junge Regimenter unter dem Gesange 'Deutschland, Deutschland über alles' gegen die erste Linie der feindlichen Stellungen vor und nahmen sie." Das Lied war damit untrennbar mit dem sogenannten Langemarck-Mythos verbunden.

Das belastete das Lied in den Augen mancher Linker. Noch schwerer wog in ihren Augen, daß vor allem die Kriegsgegner "Deutschland, Deutschland über alles" - teils unbewußt, teils aber auch bewußt - in der Weise fehlinterpretierten, daß nicht etwa Deutschland über alles geliebt werde, sondern über allen zu stehen habe. Ein Amerikaner übersetzte den Liedanfang in "Deutschland, Deutschland, first of nations, over all in this wide world" und ein Franzose in "L'Allemagne, l'Allemagne par-dessus tout".

Es gab aber auch Ausländer, die dem Lied Gerechtigkeit widerfahren ließen. Dazu gehörte der Schwede Gustav Steffen:

"Es gehört also unter anderem zur Geschichte, daß Shaws vorzügliche Kenntnisse der deutschen Sprache und der deutschen Literatur ihn zur Auffassung geführt haben, daß 'Deutschland, Deutschland über alles' eine imperialistische Eroberungshymne sei, die wortgetreu aussage, daß Deutschland sich zum Herrn über alles machen werde. Er ahnt nicht das Vorhandensein des wirklichen Gesinnungsunterschiedes zwischen 'Rule Britannia' und dem Vaterlandsliede 'Deutschland, Deutschland über alles' ...

Beiläufig und mit der Wirkung, die es haben mag, bitte ich meinen Freund George Bernard Shaw darüber aufklären zu dürfen, daß 'Das Lied der Deutschen' im Jahre 1841 von einem Manne namens August Heinrich Hoffmann von Fallersleben gedichtet wurde und daß es absolut nichts mehr, aber auch nichts Geringeres ist als der wohl herrlichste Hymnos an die Einigkeit und Treue der deutschen Stämme, Einigkeit untereinander und Treue gegen ihr eigenes Wesen, welcher in dem liederreichsten, sangfrohesten und sangesandächtigsten Lande in der ganzen weiten Welt - Deutschland - gedichtet worden ist."

Allerdings hatte Steffen in Deutschland studiert und kannte die Deutschen. Bei vielen anderen Ausländern ohne derartige Deutschlanderfahrung verfielen jedoch die Falschübersetzungen, was das Lied in den Augen mancher deutscher Linken belastete.

Genauso wie nach dem Zweiten hat das Deutschlandlied auch schon nach dem Ersten Weltkrieg seine Gegner gehabt. Es war vor allem das Lied der Nationalen. Allerdings profitierte es nach dem Ersten wie später auch nach dem Zweiten Weltkrieg davon, daß seine Gegner ihm nichts Vergleichbares entgegenzusetzen hatten oder, um es mit den Worten aus dem Protokoll einer Reichskabinettsitzung vom 30. Juli 1920 zu sagen: "Die Zeit nach der Revolution hat kein Lied mit natürlicher Kraft emporgetragen."

An anderer Stelle stellt dieses Protokoll die Rechtslage klar: "Welches Lied in der Armee und Marine als Nationalhymne zu spielen ist, kann der Reichspräsident auf Grund seiner Kommandogewalt ... im Verordnungswege bestimmen. Damit würde das betreffende Lied den Charakter als Nationalhymne in genügender Weise erhalten können. Eine Festlegung durch Gesetz ist nicht nötig."

Den dritten Verfassungstag der Weimarer Republik, den 11. August 1922, nahm Reichspräsident Friedrich Ebert zum Anlaß, um dem Reich eine Nationalhymne zu geben. Als Mittel wählte er einen Aufruf zum Verfassungstag, der vorab zur Verbreitung der Presse zugeleitet wurde:

"Einigkeit und Recht und Freiheit! Dieser Dreiklang aus dem Liede des Dichters gab im Zeichen innerer Zersplitterung und Unterdrückung der Sehnsucht aller Deutschen Ausdruck, er soll auch jetzt unseren harten Weg zu einer besseren Zukunft begleiten. Sein Lied, gesungen gegen Zwietracht und Willkür, soll nicht Mißbrauch finden im Parteikampf, es soll nicht der Kampfgesang derer werden, gegen die es gerichtet war; es soll auch nicht dienen als Ausdruck nationalistischer Überhebung. Aber so wie einst der Dichter, so lieben wir heute Deutschland über alles. In Erfüllung seiner Sehnsucht soll unter den schwarz-rot-goldenen Fahnen der Sang von Einigkeit und Recht und Freiheit der festliche Ausdruck unserer vaterländischen Gefühle sein!"

Also schon damals und nicht erst nach dem Mißbrauch des Deutschlandliedes durch die Nationalsozialisten versuchte die deutsche Politik der vor allem ausländischen Kritik an der ersten Strophe durch eine Betonung der dritten Rechnung zu tragen. Allerdings wurde das ganze Deutschlandlied mit allen drei Strophen Nationalhymne. Sechs Tage nach dem Aufruf zum Verfassungstag ordnete Reichspräsident Ebert als Oberbefehlshaber an: "Die Reichswehr hat das Deutschlandlied als Nationalhymne zu führen."<<